

SAZ

Sozialistische Arbeiter Zeitung

Wochenend-Ausgabe

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Aus dem Inhalt:

Die Arbeiterschaft protestiert
Arznei-Verteuerung

Zur Rede Leiparts

Bilder der Woche

Nazis für Margarine-Verteuerung

Ein sozialdemokratischer Führer

„Die Maßnahme“ von Bert Brecht

Schafft die Einheitsfront

Gegen Faschismus und Polizeiterror! — Die Folgen der Dresdner Blutnacht
Die Reichsregierung droht mit Unterdrückungsmaßnahmen gegen die KPD

Schleicher droht

Berlin, 26. Januar.

CNB. Die blutigen Zusammenstöße in Dresden finden selbstverständlich in Kreisen der Reichsregierung sehr ernste Beachtung. In den Kreisen der Reichsregierung ist man der Auffassung, daß eine Wiederholung derartiger Vorfälle und die Fortsetzung der Hetze, wie sie sich in den letzten Tagen gezeigt hat, Veranlassung geben könnten, gewisse notwendige Maßnahmen zu ergreifen.

In ähnlicher Weise drohte auch der sächsische Innenminister Richter im Landtag — nicht etwa den schuldigen Polizeibeamten, sondern der Arbeiterschaft! So wird nun der Spieß umgedreht! Gegen diese empörende Haltung der Regierungsstellen muß sich die gesamte Arbeiterschaft ohne Unterschied der Parteirichtung wenden!

Demonstrationsverbot!

Dresden, 26. Januar.

WTB. Alle Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge in der Stadt Dresden sind von der Polizei verboten worden.

Sturm Im Landtag

Dresden, 26. Januar.

(Eigener Bericht der „SAZ“)

Die heutige Sitzung des Sächsischen Landtages nahm einen stürmischen Verlauf. Ihren Höhepunkt erreichte sie, als bei den Ausführungen des KPD-Abgeordneten Renner von dem Nazi-Pressvertreter Lüttich die KPD-Abgeordnete Frau Kühne mit „rote Drecksau“ beschimpft

wurde. Diese naziotische Provokation führte zu einem großen Tumult. Die KPD-Abgeordneten Sindermann und Hermann bemühten sich in durchaus zu billiger Weise um die Feststellung des Rufers. Das durchaus korrekte Verhalten der genannten KPD-Abgeordneten gab dem deutschnationalen Präsidenten Eckardt den Vorwand, die Sitzung zu vertagen.

Bei der Wiedereröffnung um 18 Uhr verkündete der Präsident den Ausschluß der Abgeordneten Sindermann und Hermann.

Weil die vom Präsidenten herausgewiesenen Abgeordneten Sindermann und Hermann den Sitzungssaal nicht verließen, wurde

die Sitzung des Landtages abermals aufgehoben.

Bei der Wiedereröffnung gegen 19 Uhr fehlen die aus der Sitzung verwiesenen KPD-Abgeordneten. Es spricht zuerst für die SPD der Abgeordnete Edel, der die Einheitsfront der bürgerlichen Pressevertreter mit den Nazis und die Rolle des Präsidenten ohne jede Polemik gegen die KPD anprangert. Unter größter Ruhe des Hauses spricht dann noch der Abgeordnete der KPD, Renner.

Ohne jeden Anlaß wird ihm mitten in der Rede vom Landtagspräsidenten das Wort entzogen.

Hierauf neuer und durchaus berechtigter Protest der gesamten Linken. Der Präsident, in der Geschäftsführung völlig hilflos, schließt noch den SPD-Abgeordneten Müller-Pianitz von der Sitzung aus und hebt dann, weil selbst unfähig Ordnung zu halten, die Donnerstag-Sitzung auf!

Sozialistische Arbeiterpartei, Bezirk Dresden
Dresden, Jakobsgasse 7 ptr., Tel. 29655

Dresden, den 26. Januar 1933.

An den Ortsausschuß des ADGB,
die Unterbezirksleitung der KPD,
die Unterbezirksleitung der SPD.

Werte Genossen!

Der bestialische Mord an Dresdner Arbeitern in einem geschlossenen Räume in der Mitternachtsstunde vom 25. zum 26. Januar 1933 durch die Dresdner Polizei bedarf der geschlossenen Gegenaktion der Arbeiterschaft.

Was heute in einer kommunistischen Versammlung die Polizei sich herauszunehmen wagt, wird sie morgen in den Versammlungen der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften praktizieren, wenn nicht die geschlossene Front der organisierten Arbeiterschaft derartigen Verbrechen des faschistischen Beamtenapparats Einhalt gebietet.

Die Sozialistische Arbeiterpartei schlägt in Uebereinstimmung mit dem Sozialistischen Jugendverband und dem Sozialistischen Schutzbund gemeinsame Protestmaßnahmen gegen den Arbeitermord durch die Dresdner Polizei vor. Die Dresdner Arbeiterorganisationen müssen in dieser konkreten Frage, unbeschadet der vorhandenen parteipolitischen Gegensätze aufrufen zu

einer gemeinsamen Kundgebung der gesamten Dresdner Arbeiterschaft verbunden mit einem Proteststreik aller privaten und öffentlichen Unternehmungen im Industriebezirk Dresden, am Tage der Beisetzung der ermordeten Arbeiter,

mit den Forderungen:

sofortige Amtsenthebung aller an dem Vorfall beteiligten Beamten und ihre Bestrafung;
insbesondere Amtsenthebung und Bestrafung des Polizeipräsidenten und seines politischen Beraters des Oberregierungsrates Dr. Pfotenhauer, als des Verantwortlichen für die Brutalität und den Terror, mit dem die Dresdner Polizei seit Jahr und Tag gegen die Arbeiterschaft vorgeht.

Angesichts der ermordeten Proletarier müssen sich alle Dresdner Organisationen vor die Notwendigkeit gestellt sehen, den sich steigenden faschistischen Terror durch die

Bildung von Einheitskomitees in allen Stadtteilen

zu begegnen, mit dem Ziele, die Reaktion auf politischem, wirtschaftlichem und kulturpolitischem Gebiete zu schlagen und

durch außerparlamentarische Massenaktionen den Weg zum Sozialismus frei zu machen.

Was sich Polizei und Faschisten gegen eine Organisation herausnehmen, werden sie niemals wagen, wenn sie das Proletariat als geschlossene Kraft vor sich wissen.

Wir erwarten von der KPD, als der am nächsten betroffenen Organisation und dem ADGB, als der größten und überparteilichen Zusammenfassung der Arbeiter am Orte, daß sie sich sofort verständigen und alle in Frage kommenden Organisationen telephonisch zu einer vorbereitenden Besprechung zur Durchführung der Kundgebung und des Proteststreikes zusammenrufen, die spätestens Freitag vormittag stattfinden sollte.

Mit Genossengruß!

Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, Bezirk Dresden.

Schafft die Einheitsfront!

Die ebenso notwendige wie erfreuliche Atmosphäre zwischen SPD- und KPD-Fraktion im Sächsischen Landtage wird von der „Dresdner Volkszeitung“ in ihrer Ausgabe vom gleichen Tage durch eine infame Hetze gegen die KPD vergiftet. Während die „Arbeiterstimme“ das von der Polizei (f)ivo) provozierte Blutbad ohne jeden Ausfall gegen die SPD zu behandeln versteht, zeigt das sozialdemokratische Blatt die zwei Seelen, die in der Brust der SPD-Führerschaft wohnen. So sagt die Redaktion im Leitartikel, daß „die sozialistischen Arbeitermassen die großen Kämpfe der Gegenwart Schulter an Schulter zu führen“ haben. Das ist ganz und gar auch unsere Auffassung. Ebenso richtig ist auch das an anderer Stelle Gesagte, daß „die neun Toten und elf Verletzten des gestrigen Blutabends alle Arbeiter, die es mit dem Sozialismus, mit dem Aufstieg der Arbeiterschaft ernst meinen, mahnen, zur Einigkeit, zur Einheit, zum

gemeinsamen Zusammenstehen“. Auch diese Worte werden den Beifall aller Arbeiter finden, die es mit dem Kampf gegen die Reaktion und für den Sozialismus ernst meinen.

Durchblättert man diese Ausgabe der „Volkszeitung“ aber weiter, dann findet man, wie sich die sozialdemokratische Führung selbst Lügen straft. In einem Aufruf der Sozialdemokratischen Partei Groß-Dresdens wird ganz kurz gegen die schiefwürdige Polizei Stellung genommen. Der übrige Teil dieses Aufrufes muß als eine einzige Beschuldigung der KPD angesprochen und deshalb von jedem klassenbewußten SPD-Arbeiter abgelehnt werden. Unter anderem heißt es in diesem Aufruf wörtlich:

„Auf der anderen Seite muß auch gesagt werden, daß Provokationen, wie sie die Kommunisten immer wieder anwenden, zu schweren Auseinandersetzungen führen müssen. Jahrelang haben die Kommunisten gegen sozialdemokratische Beamte in leitenden Stellungen gewütet und gehetzt. Jetzt

zeigt sich die Folge einer solch verantwortungslosen Taktik für die Arbeiterschaft. Erst mußte Menschenblut fließen, ehe die Sinnlosigkeit der kommunistischen Politik allen Arbeitern klar wird.“

Diesem Absatz wagen die SPD-Sekretäre anzufügen: „Die Dresdener Arbeiterschaft trauert um die Toten als Opfer ihrer Klasse... Folgt in diesen schweren Stunden nur den Parolen eurer Organisation! Für euch sind maßgebend die Beschlüsse der Sozialdemokratie und der Eisernen Front. Laßt euch nicht provozieren, laßt euch nicht mißbrauchen, weder von Kommunisten noch von Nationalsozialisten. Es lebe die Freiheit!“

In diesem Zusammenhange muß auch die gehässige Polemik der „Volkszeitung“ gegen den kommunistischen Redner in der Blutversammlung, den Oberleutnant a. D. Friedrich, auf das richtige Maß zurückgeführt werden. Die Männer um Scheringer und Friedrich sind unsere Freunde nicht. Wir haben wiederholt die bürokratische Willkür der KPD-Führung kritisiert, die im Klassenkampf verdiente Proleten als Verräter und Renegaten herauswirft, nur weil diese früheren KPD-Mitglieder zu gewissenhaft gewesen sind, jede Schwenkung der ultralinken Führung mitzumachen, die aber andererseits Männer wie Scheringer und Friedrich sogleich nach ihrem Uebergang von den Nazis zur KPD in führende und verantwortliche Funktionen einsetzte. Doch woher leitet die Sozialdemokratie das Recht ab, auf diese Splitter im Auge des KPD-Bruders zu weisen, wo sie doch selbst erst den Balken aus dem eigenen Auge zu entfernen hätte? Es ist gerade die Dresdener SPD-Führung gewesen, die mit dem Helden der Boxheimer Dokumente, dem Dr. Schäfer aus Hessen, Dutzende von Versammlungen abgehalten hat! Dieser Dr. Schäfer aber ist gleicher politischer Herkunft wie der frühere Polizeioberleutnant Friedrich.

Mit dieser Kritik, die wir an die Adresse der Führung der Dresdener SPD-Führung richten müßten, haben wir der Arbeiterschaft zu zeigen beabsichtigt, auf welche Weise nie und nimmer der einheitliche Kampf um gemeinsame Klassenziele sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter zustande kommen kann. Wenn die kommunistischen Klassen-genossen dem Polizeiterror erfolgreich begegnen und die sozialdemokratischen Arbeiter sich davor schützen wollen, daß sie schon in absehbarer Zeit genau so mit den blauen Bohnen der Polizei gefüttert werden, dann

gibt es nur den Weg, den die Dresdener SAP in ihrem Schreiben gewiesen hat. Dieser Weg ist nicht durch parlamentarische Manöver der beiden großen Arbeiterparteien zu beschreiten. Die Führungen aller Arbeiterorganisationen müssen durch die eigenen Mitglieder an den innerproletarischen Verhandlungstisch gezwungen werden. Nicht sollen und dürfen bei diesen Verhandlungen die wesentlichen Unterschiede der reformistischen und revolutionären Taktik und Strategie der Arbeiterbewegung veruscht werden. Was aber jetzt not tut und was sein muß, das ist, daß die Arbeiter unbeschadet ihrer parteipolitischen Einstellung und Organisationszugehörigkeit in derartigen konkreten Fragen wie dem Dresdener Arbeitermord, gemeinsame Schritte einleiten!

Wenn die deutsche Arbeiterklasse diese Lehre nicht alsbald zieht, dann wird der Terror der Polizei und der Faschisten weitere Opfer fordern!

Um den Leidensweg der deutschen Arbeiterklasse abzukürzen, müssen sich sozialdemokratische und kommunistische Klassen-genossen zu außerparlamentarischen Aktionen gegen den Faschismus und Polizeiterror und für die Erringung des Sozialismus zusammenschließen. Für dieses Ziel kämpft die Sozialistische Arbeiter-Partei!

Spontane Proteste

der sächsischen Arbeiterschaft gegen das Blutbad im Keglerhelm

Dresden, 27. Januar.

(Eigene Meldung der „SAZ“)

Die über 800 Mann betragende Belegschaft des Sachsenwerkes in Niedersieditz bei Dresden ist zum Zeichen des Protestes gegen das Blutbad im Keglerhelm am Donnerstag mittig in den Demonstrationsstreik getreten.

Der Gesamtbetriebsrat der Dresdner Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke (Dresdener Gewerkschaften) hat in einer Entscheidung das Verhalten der Polizei auf das schärfste verurteilt.

Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Ortsverwaltung Dresden, nahm einstimmig eine von der Ortsverwaltung eingebrachte Entschließung an, in der eine gründliche Untersuchung der Vorfälle und rücksichtslose Bestrafung der Schuldigen gefordert werden. Ein Ergänzungsantrag, durch den der ADGB beauftragt wird, am Tage der Bestrafung der Opfer einen Proteststreik zu organisieren, wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Meißen, 26. Januar.

(Eigene Meldung der „SAZ“)

Die Belegschaft der Siemens-Werke in Sörnewitz bei Meißen nahm folgende, von einem SAP-Genossen eingebrachte Entschließung an: „Die Belegschaft erhebt schärfsten Protest gegen die fortwährenden Provokationen der Staatsorgane und faschistischen Terrorbanden gegen die Arbeiterschaft. Sie fordert vom Bezirksausschuß des ADGB Sachsen die sofortige Proklamierung eines eintägigen Proteststreiks aller Arbeiter und Angestellten,

auch in den staatlichen und kommunalen Betrieben, gegen den vielfachen Arbeiternord in Dresden durch die Polizei. Ferner verlangen wir vom ADGB, zu Abwehr weiterer Provokationen und Terrorhandlungen sofort in Verbindung zu treten mit allen anderen proletarischen Organisationen zu gemeinsamen Veranstaltungen von Protestversammlungen und -demonstrationen über das ganze Reich, sowie zur Schaffung überparteilicher antifa-schistischer Kartelle gegen Kriegsgewalt und weitere Verleumdung der Arbeiterklasse, zur wirklichen Arbeitsbeschaffung unter Kontrolle der Arbeiter und ihrer Organisationen, für den proletarischen Ausweg aus der Krise.

Riesa, 26. Januar.

(Eigene Meldung der „SAZ“)

Der Deutsche Freidenker-Verband, Ortsgruppe Riesa, veranstaltete am 26. Januar eine Erwerbslosenkundgebung, die von mehr als 1500 Personen besucht war. Nachdem der große Saal des „Capitol“ von der Polizei wegen Überfüllung geschlossen worden war, wurden die immer neu anströmenden Massen nach den UT-Lichtspielen zu einer gleichfalls imposanten Parallelversammlung geleitet. In beiden Veranstaltungen sprach unser Genosse Karl Fischer, der Vorsitzende der 1100 Mitglieder zählenden „Risaer Freidenkergruppe. Im „Capitol“ sprach außerdem unser Genosse Erich Melcher-Dresden. Die Versammelten gelobten, im Kampf gegen Faschismus und Polizei-Terror zusammenzutreten und größte Geschlossenheit zu üben im Kampfe für den Sozialismus.

Ein sozialdemokratischer Führer

Neue Einzelheiten über den Lebenswandel Ernst Heilmanns

Aus den Kreisen der sozialdemokratischen preußischen Landtagsfraktion wird uns geschrieben:

„Solange die sozialdemokratische Partei in Preußen starken Einfluß hatte, war Ernst Heilmann, MdR und MdL, diejenige Persönlichkeit, welche die sozialdemokratischen Forderungen hinter den Kulissen durchzusetzen hatte, ohne deren Zustimmung kein höherer Staatsbeamter ernannt oder entlassen wurde. Bis zum 20. Juli war er der ungekrönte König von Preußen, der in seinem Reich schalten und walten konnte wie er wollte.“

Schon bei der Barmat-Affäre ergab sich so viel Material gegen Heilmann, daß sogar in der Fraktion eine Palastrevolution ausbrach, und ein Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten, es war fast die Hälfte, die Wiederwahl Heilmanns zum Fraktionsvorsitzenden ablehnte. Ein Mensch, der noch einen Funken Ehrgefühl im Leibe hat, hätte nach einer solchen Abstimmung die Wahl abgelehnt, wenigstens aber sich nunmehr von allen bedenkliehen Geschäften ferngehalten. Anders Heilmann. Er hatte keine Bedenken, das Amt eines Schlichters bei Enteignungen großer Grundstücke, das ihm nur auf Grund seiner Stellung im öffentlichen Leben übertragen war, anzunehmen und für diese Tätigkeit große Summen einzustechen. Die Höhe dieser Einnahmen, die er durch die im Fraktionsführerzimmer der SPD im preußischen Landtag stattfindenden Termine erzielte, sind un-widersprochen auf sage und schreibe 60 000 Mark beziffert worden. Die Kritik an diesem Gebahren, die von einigen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten geübt wurde, fiel in der Fraktion nicht auf fruchtbaren Boden. Der politische Einfluß Heilmanns in der Fraktion war zu stark, als daß sich eine Mehrheit gegen ihn hätte bilden können.“

Jetzt wird bekannt, daß Heilmann seinen Sport- und Spielbedürfnissen auf das eifrigste nachgeht.

Er besucht regelmäßig die Berliner Rennbahnen. In Hoppegarten, Karlshorst, Grunewald kann man ihn in den meisten Fällen in Begleitung besonderer Turf-Freunde sehen, und er ist auch ein ständiger Besucher des Wettshalters, bei dem er seine Wetten placiert. Es ist erstaunlich, daß der Führer der sozialdemokratischen Landtagsfraktion so viel Zeit und so viel Geld hat, sich mit solchem Eifer den Wettrennen zu widmen. Außerdem ist recht befremdend, daß er sich bei den Rennbahnbesuchen in Kreisen bewegt, die alles andere als souborrenannt werden können. Zu diesen Persönlichkeiten gehört

ein Herr Pöhlzig, der als Hochstapler entlarvt wurde und dessen Beziehungen zum Polizeipräsidentium in Berlin zu anderen Behörden auf seine Beziehungen zu Heilmann zurückzuführen sind.

Beide waren fleißige Rennbahnbesucher, und auch noch nach Pöhlzigs Entlarfung konnte man beide auf den Rennbahnen Grunewald und Karlshorst sehen. Bei allen Angriffen auf Pöhlzig schützte ihn Heilmann,

und wahrscheinlich ist es auch auf seinen Einfluß zurückzuführen, daß Pöhlzig Buchmacherkonzessionen gegen Honorar von 12 000 bis 15 000 Mark vermitteln konnte.

Alles dies ist in der SPD genau bekannt.

Trotzdem ist Heilmann heute noch Führer der Landtagsfraktion und augenblicklich Rufer im Streit gegen die Einheitsfront. Das ist der Mann, der in der letzten Nummer der von ihm redigierten Zeitschrift „Das freie Wort“ Kommunisten und Faschisten auf eine Stufe stellt und beide gleichmäßig vernichten will! Wenn solche Leute sich gegen die Einheitsfront aussprechen, dann muß sie erst recht der für das Proletariat richtige Weg sein. Wenn es aber der SPD wirklich ernst ist mit ihren Einheitsfrontbestrebungen, dann müßte ihre erste Tat sein, einem solchen Schädling der Arbeiterbewegung das weitere Verbleiben in ihren Reihen unmöglich zu machen!“

Ford

legt sämtliche Werke still

WTB. Detroit, 26. Januar. (Reuter.) Die Ford-Motor-Company hat bekannt gegeben, daß sie ihre Fabriken in den Vereinigten Staaten auf unbestimmte Zeit stilllege. Anzeichen ist diese Maßnahme auf die Niederlegung der Arbeit durch 6000 Angestellte zurückzuführen, die die Werkstätten geschlossen verlassen hatten. Die Fordgesellschaft beschäftigt ungefähr 100 000 Personen.

Das ist nicht nur der Bankrott des „sozialen Wunderdoktors“ Ford, der vorgab, mit Rationalisierung, hohen Löhnen und unbeschränkter Produktionssteigerung die soziale Frage gelöst zu haben und der von allen Kapitalisten und Reformisten (ADGB-Tajnow) bewundert wurde. Die jetzige Stilllegung, besser Aussperrung, als Antwort auf den Protest der 6000 Angestellten zeigt auch, daß Ford, genau wie alle kapitalistischen Heilsbringer vor ihm, in dem Moment, wo ihr Profil auch nur im geringsten bedroht wird, zu den brutalsten Scharfmachermethoden greifen.

Roosevelt für Mooneys Begnadigung

Die amerikanische Zeitung „Chicago Daily Tribune“ vom 31. Dezember 1932, bringt eine aufsehenerregende Meldung, die geeignet ist, den Kampf für die Freilassung Mooneys und Billings mächtig zu steigern. Die Zeitung bringt auf der ersten Seite einen Bericht über eine Unterredung des neugewählten amerikanischen Präsidenten Roosevelt mit der Mutter Mooneys, den sie mit der Schlagzeile versieht: „Roosevelt wird Mooney heilen“. Er verspricht Mooneys Mutter, an Gouverneur Rolph zu schreiben. Er glaubt, daß Gründe vorhanden sind, den Agitator an dem Bombenattentat für unschuldig zu halten.“

Nach dem Bericht hat die Mutter Mooneys den Präsidenten, der zurzeit noch als Gouver-

Nun auch noch Arzneiverteuerung!

Die Apothekerzuschläge auf Kosten der Ärmsten erhöht

Der Reichsrat beriet gestern Abend unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Dr. Bracht die Arzneitaxe für 1933. Diese bringt gegenüber 1932 eine

Heraufsetzung des Apothekerzuschlages bei Arzneispezialitäten im Preise bis zu einer Reichsmark von 64 auf 70 Prozent

und eine Herabsetzung der Zuschläge für Spezialitäten im Preise über 2,50 Mark von 60 auf 50 Prozent. Weiter sieht die Arzneitaxe 1933 eine Ermäßigung des Rabatts für Krankenkassen usw. bei ganz kleinen Apotheken mit einem Umsatz bis zu 15 000 Mark jährlich von 3 auf 1 Prozent vor, während es im übrigen bei dem bisherigen Rabatt bleibt. Schließlich soll die Zeit, in der eine Nachtaxgebühr erhoben werden darf, nicht mehr von abends 8 Uhr bis morgens 8 Uhr, sondern nur von 10 Uhr abends bis 7 Uhr morgens dauern.

Diese Neuregelung ist mit Rücksicht auf die Notlage zahlreicher Apotheken vorgesehen,

sie übersieht aber die Notlage der Bevölkerung, insbesondere der Kassenpatienten, die durch diese Steigerung der Zuschläge besonders hart getroffen werden. Die Mehrbelastung sämtlicher Krankenkassen in Deutschland durch die neue Arzneitaxe würde nach genauer Prüfung

der zuständigen Zentralstelle 1/2 bis 1/3 Millionen Mark im Jahre ausmachen.

Eine Betragserhöhung ist aber in einer Zeit der Depression nicht zu verantworten.

Verschiedene Versuche der preußischen Reichsratsdelegierten, die in der Vorlage enthaltenen Verschlechterungen wieder zu streichen, schlugen fehl.

Reichsinnenminister Dr. Bracht setzte sich mehrfach mit besonderer Inbrunst für diese massenfeindliche Vorlage ein!

Dr. Hamacher (Rheinprovinz) schlug nunmehr vor, gestützt auf § 27 der Geschäftsordnung des Reichsrats, die endgültige Abstimmung über die Vorlage um fünf Tage hinauszuschieben. Für die Annahme dieses Antrages sei in der Geschäftsordnung ein Drittel der Stimmen vorgeschrieben.

Für den Antrag Hamacher stimmten die preussische Regierung, die preußischen Provinzen mit Ausnahme von Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Hannover sowie die Länder Mecklenburg-Schwerin und Schaumburg-Lippe. Damit war das erforderliche Drittel der Reichsratsstimmen erreicht.

Die Abstimmung über die Arzneitaxe 1933 soll in einer besonderen Sitzung des Reichsrats am Dienstag, nachmittags 5 Uhr, vorgenommen werden.

Nazis decken Margarine-Verteuerung

In Haushaltsausschuß des Reichstages kam es am Donnerstag zu einer Aussprache über die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung. Grundlage der Debatte waren vor allem die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge, die Aufhebung der Verordnung über den Butterbeimischungszwang verlangten. Die Agrarpolitik der Reichsregierung wurde bei dieser Gelegenheit von den verschiedensten Seiten scharf kritisiert.

Besonderes Interesse gewann die Sitzung in dem Augenblick, in dem die Abstimmung über die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge vorgenommen werden sollte. Die Nationalsozialisten, die nicht wußten, wie sie abstimmen sollten, verlangten Ver-
tagung.

Ihr Redner, der Abgeordnete v. Sybel, gab offen zu, daß sich seine Fraktion bei sofortiger Abstimmung der Stimme

enthalten müßte, da sie sich weder für noch gegen den Butterbeimischungszwang entscheiden könne.

Mit einer Mehrheit, die von den Nationalsozialisten bis zum Zentrum (das den Nazis jederzeit gern gefällig ist!) reichte, wurde tatsächlich die Abstimmung vertagt!

Dieses Verhalten der Nationalsozialisten ist außerordentlich kennzeichnend für ihre in sich widerspruchsvolle Politik. Sie möchten gleichzeitig ihren agrarischen und ihren städtischen Wählern dienen und geraten auf diese Weise in dauernde Schwierigkeiten. Praktisch haben die Nationalsozialisten in diesem Falle verhindert, daß der Ausschuß einen eindeutigen Beschluß gegen den Butterbeimischungszwang faßt. Wenn also die Margarineverteuerung weiter bestehen bleibt, so können sich die Massen bei den Nazis dafür bedanken!

Ausschußbeschuß für Aufhebung der Renten kürzung

WTB. In der heutigen Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages begann die Abstimmung nach Schluß der nichts Neues bringenden Aussprache mit einer Ueber-raschung. Es wurde nämlich der am weitestgehende Antrag der Kommunisten mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten bei Stimmenthaltung der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen angenommen. Dieser Antrag lautet:

„Die an den Renten und sonstigen Bezügen aus der Sozialversicherung vorgenommenen Kürzungen und Beschränkungen werden mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Ebenso werden die Ruhebestimmungen für nebeneinander laufende Renten außer Kraft gesetzt.“

neur in Alabama antwort, am 30. Dezember aufgesucht. Nachdem Roosevelt der Mutter Mooneys in seinem Arbeitszimmer die Hand geschüttelt hatte, sagte sie: „Ich bitte Sie, Ihr Äußerstes zu tun, um meinem Jungen zu helfen, der unschuldig seit Jahren im Gefängnis sitzt“. Nach dem Bericht versicherte darauf Präsident Roosevelt seiner Besucherin, daß er den Fall mit Gouverneur Rolph aufnehmen werde und sagte:

„Ich bin sicher, daß es Gründe dafür geben muß, an seine Unschuld zu glauben, weil so viele Menschen ihn für unschuldig halten.“

Er fügte hinzu, daß er den Brief an Rolph schreiben werde, wenn er als Gouverneur zurückgetreten sei. Nach diesem Rücktritt wird er nämlich bis zu seinem Amtsantritt im Frühjahr als Präsident nur eine Privatperson, wenn auch eine sehr prominente Privatperson, sein. Roosevelt wünscht demnach offenkundig zunächst nicht, daß sein Schritt einen amtlichen Charakter hat, den er als Schreiber eines Gouverneurs an einen anderen Gouverneur, oder als Schreiber des Präsidenten an einen Gouverneur haben würde.

Trotzdem ist die Erklärung Roosevelts ein großer Erfolg der Bewegung für die Freilassung Mooneys und Billings. Es hat offenbar einen großen Eindruck auf ihn gemacht, daß immer zahlreichere angesehene Persönlichkeiten Amerikas, darunter auch solche, die ihm persönlich nahe stehen, für Mooney und Billings eingetreten sind. Es

Dadurch waren die meisten der anderen vorliegenden Anträge von vornherein erledigt. Abgelehnt wurde der deutschnationale Antrag, der die Invalidenversicherung nach dem Anwartschaftsdeckungsverfahren mit Hilfe von Reichszuschüssen aufgebaut sehen wollte.

Mit großer Mehrheit angenommen wurde der Antrag des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, der die Regierung um baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfes ersucht, der die Beteiligung der Arbeitnehmer in den Organen der Berufsgenossenschaften sicherstellt. Annahme fand auch der Zentrumsantrag, der die Regierung um einen Gesetzentwurf ersucht, welcher ohne Gefährdung der Ansprüche und Rechte die sozialen Einrichtungen vereinfacht und verbilligt.

wäre allerdings falsch, etwa in der Protestbewegung nachzulassen, in der Hoffnung, daß Roosevelts Initiative schon zur Freilassung der seit 16 Jahren unschuldig im Zuchthaus Schnuchendens führen würde. Es muß daran erinnert werden, daß die Befugnisse des amerikanischen Präsidenten, so groß sie sonst im allgemeinen sind, gerade gegenüber der Justiz der Bundesstaaten sehr geringe sind. Auch Präsident Wilson hat sich 1917 für Mooney und Billings eingesetzt, das einzige aber, was er zu erzielen vermochte, war die Umwandlung des Todesurteils in lebenslangliches Zuchthaus. Immerhin ist die Lage jetzt für eine Initiative Roosevelts weit günstiger, und es kommt alles darauf an, durch eine Verstärkung des Massenprotestes dafür zu sorgen, daß Mooney und Billings endlich freigelassen werden.

Genf telegraphiert

WTB. Der Völkerbundsrat beschäftigte sich heute zum ersten Male mit dem Streitfall zwischen Peru und Kolumbien um Leticia. Es wurden Telegramme an die beiden Regierungen gesandt, worin Peru darauf hingewiesen wird, daß es als Mitglied des Völkerbundes verpflichtet sei, sich jeder bewaffneten Intervention auf kolumbisches Gebiet zu enthalten. Kolumbien wird nahegelegt, daß es in Ausübung seiner legitimen Souveränitätsrechte die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen ergreift.



In aller Welt hungern die proletarischen Massen. Der Hunger treibt sie auf die Straßen. Sie fordern in allen Sprachen Arbeit und Brot, doch die herrschende Klasse hat für die Hungernden nicht Brot und Arbeit sondern blaue Bohnen und sonst nichts.



Während die Massen nicht wissen, wovon sie am nächsten Tage satt werden sollen haben die Spielbürger im Lande des italienischen Faschismus keine andere Sorge als am Tage des hell. Antonius die Tiere segnen zu lassen.



In Japan haben sich die radikalsten Kreise der Bourgeoisie zu einer faschistischen Organisation zusammengeschlossen. Das Vertrauen der japanischen Bürger mit Hilfe des Raubkrieges gegen China die japanischen Proletarier vom Kampf gegen ihre Klassenherrschaft abzulenken, scheint sehr gering zu sein. So versuchen sie sich in der Gestalt faschistischer Garden neue Machtmittel zu schaffen.



Bild unten: Die Geschichte vom verlobten Fürsten. Wolf Heinrich Furst zu Stolberg-Stolberg hat sich mit einer „Maschinisten-Beamten-tochter“ vermählt. Ein herrliches Thema für einen neuen Courths-Mahler-Roman.
Bild oben: Sie segnen den Massenmord. Belgrader Pfaffen segnen das Militär. Sie geben damit zum Ausdruck, daß sie nichts weiter sind als Helfer und Stützen der bestehenden Ordnung.



Der Winter hat mit großer Kälte eingesetzt. Die Drusenbrücke über den Rhein bei Bingen ist von Eis blockiert. Die Not der Arbeitslosen wird durch die außer gewöhnlichen Kältegrade ins Unermeßliche gesteigert.
Bild unten: Im Hamburger Hafen entstand auf dem dänischen Motorschiff „Alsia“ ein Brand, der bald das ganze Schiff ergriff.



Der „populäre König“ Christian X. von Dänemark reitet, wie die republikanischen Monarchisten in Deutschland ehrfurchtschauernd bemerken, ohne jede Begleitung durch die Straßen „seiner“ Hauptstadt.



Megan Taylor, die Tochter des früheren Eiskunstlauf-Weltmeisters, die im Alter von 11 Jahren die englische Meisterschaft errang und die nun ihr großes Können zur Belustigung eines sensationslustigen Publikums in Berlin vorführen mußte. Das ist der bürgerliche Sport.

Bild nebenstehend: Die Schauspielerin Marlene Dietrich hat herausbekommen was die Not der Frauen unserer Tage ausmacht. Mütig hat sie sich selbst zur ersten Vorkämpferin ihrer Ideen gemacht. Nach ihrer Meinung ist es unbedingt notwendig, daß die Hose zu einem Kleidungsstück der Frau wird. Sie scheint wirklich keine anderen Sorgen zu haben.



Wirtschaft der Woche

Konflikt in der rheinischen Schwerindustrie

Flick und Thyssen machen dabei gute Geschäfte

Jahrlang haben die Rheinische AG für Braunkohlenbergbau und Brickettfabrikation unter der Leitung des Industriellen Silvenberg und die Herren der Rhein-Ruhrindustrie: Flick, Vögler, Thyssen usw., die nicht nur im Stahltrust, sondern auch in der Rheinischen Westfälischen Elektrizitätswerke AG zusammensitzen, sich friedlich in die Hände gearbeitet. Angesichts der gewaltigen Entwicklung der Rhein-Ruhrindustrie kamen dabei alle Seiten auf ihre Kosten.

Seit einiger Zeit ist das anders geworden. Im vorigen Jahr hätte vor allem Herr Flick, der es in wenigen Jahren verstanden hatte, sich zum eigentlichen Leiter des Stahltrusts zu machen, gewaltig an Größe ein. Er mußte, weil er mit seinen vielverzweigten Finanzgeschäften in Schwierigkeiten geraten war, das Reich zu Hilfe rufen und sein Aktienpaket bei der Gelsenkirchener Bergwerks AG an dieses - allerdings zu außerordentlich günstigen Bedingungen - veräußern. Jetzt haben neue persönliche Schwierigkeiten, aber auch schon wieder neue, größere Spekulationsgedanken, ihn und den durch seine Nazi-Sympathien bekannten Fritz Thyssen veranlaßt, ihre Aktienpakete an der von Silvenberg geleiteten Braunkohlen AG an die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke zu verkaufen. Diese sind hierdurch und noch durch anderweitigen Aktienkauf mit einem Schlage in der Rheinischen Braunkohlen AG und vor allem auch im Braunkohlensyndikat, das für alle angeschlossenen Gesellschaften die Quoten festsetzt, ausschlaggebend geworden. Silvenbergs Machtposition ist zurückgedrängt.

Im Braunkohlensyndikat sind die RWE sowieso schon durch ihren direkten Besitz im Braunkohlengrundbesitz, die Roddergrube und deren Untergesellschaften, vertreten. Die Vögler usw., die im RWE maßgebend sind - Vögler ist Aufsichtsratsvorsitzender -, schlagen der Braunkohlen AG, die sie nun ebenfalls beherrschen, einen Vertrag vor, demzufolge die Rheinische Braunkohlen AG in 50 Jahren völlig in die RWE übergehen soll. Den sonst noch vorhandenen Aktionären der Braunkohlen AG wollen sie die Sache dadurch schmackhaft machen, daß diesen bis dahin eine jährliche Dividende von nicht weniger als 12 Prozent garantiert wird und daß alle nach 50 Jahren die noch außerhalb der RWE stehenden Aktionäre mit 200 Prozent abgefunden werden sollen.

Die Herren Flick und Thyssen haben bei dem Verkauf ihres Braunkohle-Aktienanteils an die RWE ein schönes Geschäft gemacht. Sie erluden für die Aktien einen Preis von 250 Prozent, davon 12 bis 15 Prozent sofort in bar und den Rest in RWE-Aktien. Als RWE-Beteiligte erhalten sie mit Vögler zusammen außerdem noch den beherrschenden Einfluß auf die Harpener Bergbau AG, d. h. auf eines der größten Steinkohle-Unternehmen des Ruhrgebiets, das bis jetzt auch von Silvenberg beherrscht wurde. Silvenberg, in seiner bisherigen Stellung schwer erschüttert, hat gegen diese ganzen Transaktionen Stellung genommen. Der Konflikt ist so scharf entbrannt, daß Vögler, der zugleich Aufsichtsratsmitglied bei der Braunkohle AG war, dort seinen Sitz niedergelegt hat.

Die Konflikte und „Sanierungs“-Geschäfte einzelner kapitalistischer Geschäftsmacher spielen sich natürlich wieder auf dem Rücken der Arbeiter ab. Aus ihren Knochen werden die hohen Gewinne und Dividenden herausgeschunden. Anlässlich dieses Konfliktes kommen wieder einmal einige Tatsachen an die Öffentlichkeit, die für jeden

Berliner KPD-Demonstration und ihre Lehren

Über die Mittwoch-Demonstration der Berliner KPD, über die wir gestern nur kurz durch eine WTB-Meldung unterrichteten, erhalten wir heute noch den folgenden eigenen Bericht:

Kurz nach 17 Uhr zogen die ersten Züge über den Bülowplatz und kurz nach 20 Uhr verließen die letzten Demonstranten den Bülowplatz. Während des Vorbeimarsches der Züge standen Tausende auf dem Bülowplatz und den angrenzenden Straßen stundenlang Spalier, um die Züge an sich vorbeizuziehen zu lassen.

Stimmung und Disziplin unterschieden diese Demonstration scharf von der Sonntag-Demonstration der Nationalsozialisten. Während die Züge der Nazis bestenfalls mit eisigen Schweigen, blutig aber mit Nieder-Rufen „begrüßt“ wurden, wagten es die Faschisten nicht, am Mittwoch etwa ihre Feindschaft gegen die Demonstration durch irgendwelche Gegenkundgebungen auszudrücken. Die zahlreichen Nazis, die man am Sonntag in einigen Nachbarstraßen des Bülowplatzes, z. B. in der Grenadierstraße, sah, waren am Mittwoch verschwunden.

Bezeichnend aber war die Parteilichkeit der Polizei. Während die Nazis am Sonntag, ungehindert von der Polizei, singen durften: „Wir schreiben auf die Freiheit der Judenrepublik“ und ähnliche Verse, wurden am Mittwoch einige Züge mit dem Gummiknüppel auseinandergetrieben, weil sie angeblich „verbotene“ Lieder gesungen haben.

Die machtvolle Mittwoch-Demonstration der KPD beweist aber zugleich die Notwendigkeit einer gemeinsamen Demonstration der Berliner Arbeiterschaft.

Wenn am Mittwoch, trotz der falschen Politik der KPD-Führung, nicht nur die Genossen der SAP, sondern auch mancher Arbeiter mitmarschierte, der sich sonst nicht an kommunistischen Demonstrationen beteiligt, dann hätte eine gemeinsame Demonstration gewiß weitere Zehntausende aufgeboten, die weder am Mittwoch marschiert sind, noch am Sonntag bei der SPD-Demonstration marschieren werden. Wenn die KPD-Bürokratie

die Mittwoch-Demonstration als ihren Sieg feiern wird, dann sei die Frage aufgeworfen, wo denn die Zehntausende, die am Mittwoch marschierten, am Sonntag waren, als sie doch ebenfalls von der KPD zu Gegendemonstrationen aufgefordert wurden? Es ist kein Zweifel, wenn diese Massen am Sonntag auf den Straßen gewesen wären, dann wäre ein ganz anderer und wirkungsvoller Protest gegen die Nazi-Provokation möglich gewesen, als die zerplitterten und ohne einheitliche Leitung gebliebenen Einzelproteste am Sonntag. Für eine revolutionäre Partei ist der Maßstab ihrer Kraft nicht das, was sie bei gesetzlich erlaubten Aufzügen, die gewiß auch notwendig sind, aufzubringen vermag, sondern das, was ihr folgt und was sie zu führen versteht.

wenn es gilt, der Gewalt der herrschenden Klasse zu trotzen.

Hier liegt die Frage, über die die kommunistischen Arbeiter nachdenken sollten, und hier liegen die Aufgaben einer wirklich revolutionären Politik.

Um in diesem Sinne zu wirken, hatte die Bezirksleitung der SAP beschlossen, die SAP- und SJV-Genossen sowie die Genossen des Sozialistischen Schutzbundes aufzufordern, sich sowohl an der Demonstration der KPD wie an der der SPD zu beteiligen, um für den Gedanken der einheitlichen Kundgebung gegen Faschismus und Reaktion zu wirken. Die Genossen waren dem Ruf der Bezirksleitung, trotz der kurzen Zeit, die zur Benachrichtigung der Ortsgruppen bestand, restlos gefolgt. Ein Teil der Genossen traf sich am Straußberger Platz, um

mit den Losungen, Transparenten und Fahnen der SAP, des SSB und des SJV

zu demonstrieren, die anderen marschierten mit den Bezirken. Während der Demonstration verteilten die Genossen ein Flugblatt an die organisierte Arbeiterschaft, in dem auf den Brief der SAP an SPD, KPD und ADGB hingewiesen und die Notwendigkeit des gemeinsamen Aufmarsches betont wurde.

Bei den KPD-Arbeitern fand die Teilnahme der SAP-Genossen an der Demonstration freudigen Widerhall, der bewies, daß die Haltung der SAP auch bei ihnen auf wachsendes Verständnis stößt.

Arbeiter Anlak sein müßten, sich noch aktiver als bisher einzureihen in die Front der Ausbeuteten, um endlich mit diesem Schmarotzersystem gründlich aufzuräumen.

Katzenellenbogen bleibt im Schultheiß-Aufsichtsrat

Ludwig Katzenellenbogen, der Chef der Ostweike AG, eines lediglich auf Kapitalbeteiligungsunternehmen aufbauenden Unternehmens, das im Laufe der Jahre durch Beteiligungen an verschiedenen Spritunternehmen, an schlesischen Mühlenwerken, an Schlesienschen Zementwerken, an der Norddeutschen Hefe-Industrie AG und an der früheren Schultheiß AG riesige Profite einheimste, hatte es schließlich auch verstanden, eine Verschmelzung mit dem großen und kapitalstarken Schultheiß-Patzenhofer-Konzern herbeizuführen. In diesem vereinigten Konzern spielte Katzenellenbogen dann eine große Rolle, bis im Jahre 1931, das so viele Korruptionsskandale der Großindustrie an die Öffentlichkeit förderte, auch er daran glauben mußte.

Herr Ludwig Katzenellenbogen hatte auf eigene Faust auf sogar nach kapitalistischem Handelsrecht unrechtmäßige Weise Stützungskäufe der in dieser Krisenzeit auch bedrohten Schultheiß-Aktien lanziert und, als seine Mit-

direktoren davon erfuhren, diese bewogen, nicht einmal dem Aufsichtsrat des Unternehmens von den inzwischen sich als Millionen-Verlust für den Konzern herausstellenden Transaktionen Mitteilung zu machen. Einen Börsenprospekt des Unternehmens hatte er so abgefäht, daß auch aus diesem nichts über diese Verluste zu entnehmen war. Die Sache kam an die Öffentlichkeit, Herr Katzenellenbogen saß 6 Monate Untersuchungshaft ab und wurde wegen handelsrechtlicher Untreue und Bilanzverschleierung zu einer hohen Geldstrafe und 3 Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft abgesehen waren.

Man sollte meinen, ein solcher Mensch wäre für ein solch „seriöses“ Unternehmen wie den in großkapitalistischen Kreisen als altbewährt angesehenen Schultheiß-Patzenhofer-Konzern völlig unmöglich geworden. Jetzt aber, auf der Generalversammlung des Konzerns, stellt sich heraus, daß ein anderer Katzenellenbogen, nämlich der Bruder, der Justizrat Max Katzenellenbogen, dem Patzenhofer-Konzern bedeutende Anteile der sehr rentablen schlesischen Mühlenwerke abgekauft hat, wobei er ein Viertel des Betrages bar bezahlte und für den Rest eine Verpflichtung für das Jahr 1934 einging. Dabei schlug er auch noch 850 000 M als Abdeckung der durch die Geschäfte des

Herrn Ludwig Katzenellenbogen verursachten Schulden, die auch auf diesen Teil der Beteiligungen übertragen wurden, heraus. Der Schultheiß-Konzern erlitt durch dieses neue Geschäft mit dem Katzenellenbogen einen Buchverlust von 6 Millionen Mark.

In den Aufsichtsrat von Schultheiß-Patzenhofer wurden auf der Generalversammlung, wenn auch gegen einigen Widerspruch, die Herren Max Katzenellenbogen und ebenfalls der von der Danabank-Affäre her berühmte Jacob Goldsmann Ludwig Katzenellenbogen bei den Stützungskäufen für die Schultheiß-Aktien war, wiedergewählt. Es liegt auf der Hand, daß Herr Ludwig Katzenellenbogen auf diese Weise, wenn auch zunächst noch nicht mit offiziellen Funktionen, wieder in die Konzerngeschäfte eingegliedert wird. In der kapitalistischen Welt ist man in bezug auf Sauberkeit und Moral sehr großzügig - wenn es einen der herrschenden Klasse betrifft.

Produktionsstand wie vor 1900

Allmählich werden jetzt die Produktionsstatistiken der verschiedenen Industriezweige oder Einzelunternehmen und Syndikate für das Jahr 1932 in der Öffentlichkeit bekannt gegeben. Danach betrug der Produktionsstand für die wichtigsten deutschen Erzeugnisse, wie Kohle, Eisen, Stahl, Zement u. a., nicht mehr als etwa um die Jahrhundertwerte. Die Ziffern der Hochkonjunkturjahre 1927/29 werden auch nicht mehr annähernd erreicht.

Für Zement ergibt sich z. B. für das Jahr 1932 ein Gesamtumsatz von 2,8 Millionen Tonnen gegenüber noch 3,7 Millionen Tonnen im Jahre 1931 und 7,6 Millionen Tonnen im Jahre 1928. Die Rohstahlgewinnung des Jahres 1932 beläuft sich auf 5,75 Millionen Tonnen gegenüber 8,29 Millionen Tonnen selbst noch 1931. Die Steinkohle- und Kokserzeugung betrug, auf heutiges Reichsgebiet umgerechnet, weniger als 1913. Die Maschinenproduktion verminderte sich gegenüber 1931 um 40 Prozent, der Beschäftigungsgrad in der Maschinenindustrie betrug Mitte 1932 nur noch 28,9 Prozent. Eine so niedrige Maschinenproduktion wurde letztmalig 1895 erzielt.

Dieser ungeheure Rückgang der deutschen kapitalistischen Wirtschaft drückt sich auch in der jetzt veröffentlichten Handelsbilanz für das gesamte Jahr 1932 aus. Die Einfuhr dieses Jahres sank, wertmäßig, gegenüber 1928 um fast 70 Prozent, die Ausfuhr gegenüber dem Ausfuhrrekord 1929 um fast 58 Prozent.

Die kapitalistische Presse macht hierbei zwar geltend, daß die Preise gesunken seien, aber auch mengenmäßig ist der Handel zusammengeschrumpft. Außerdem betreffen diese Wertangaben die Großhandelspreise, wovon die breiten Massen herzlich wenig haben. Der Lebenshaltungskoeffizient, der auf Kleinhandelspreise aufgebaut ist, stand nach den amtlichen Berechnungen Ende 1932 noch immer auf 118,4 (1913=100). Die Löhne aber haben, wenn man den nominalen Stundenlohn betrachtet, im Durchschnitt wohl noch den Stand von 1913 überschritten. Durch die ständigen Lohnkürzungen, durch die Sozialabgaben und Steuern, durch die gegenüber der Vorkriegszeit verkürzte Arbeitswoche, sowie ganz besonders durch die Arbeitsstreckung und völlige Arbeitslosigkeit heutzutage ist der Lebensstandard der Massen heute aber längst unter das Vorkriegsniveau gesunken.

Die optimistischen Stimmen bürgerlicher Interessenten über eine Wirtschaftsbelebung, die man Ende 1932 hören konnte, sind zum großen Teil durch neue Produktionsrückgänge und Absatzstockungen schon wieder zum Schweigen gebracht worden. Selbst wenn hier und da eine kleine Belebung auftritt, geschieht es nur unter dem schlimmsten Raubbau an der Kraft der Proletariat. Alle Wirtschafts- und Lohnstatistiken beweisen, auch wenn noch so sehr eine Beschönigung versucht wird, daß die Zeit überreif ist dafür, daß die Arbeiterklasse ihre eigene Herrschaft errichtet.

Rote Kinderwelt

Kampfbereit

365 Tage durchleiden die Welt - Bringen sie Glück, bringen sie Geld? Bringen sie Krieg, bringen sie Frieden? Nein, Prolet! Du mußt die Tage schmieden! Schmieđ' sie nicht schlecht, schmieđ' sie zum Besten.

Dann gib's keinen Krieg im Osten und Westen.

Denn du stirbst nicht, weil es eine Herrscherclique will.

Fin Griff, Prolet, dann stehen alle Räder still! Dann hast du Arbeit, dann hast du Brot! Und brauchst nicht mehr leiden biß're Not. Doch allein kannst du nichts schaffen, Du mußt dich ermannen, du mußt dich auffaffen.

Und mit uns in einer Reihe steh'n, Dann kannst du in die Zukunft seh'n. Der Boden soll unter deinen Schritten erdröhnen,

Aus deinem Munde Kampflieder tönen. Die roten Fahnen flattern im Wind, Und neben dir marschier' dein Kind! Es marschier' ja mit dir Seite an Seite, Drum Prolet! Kampfbereit!

Der

Olle Fritz hat ausgedient

Wie kann man nur so feig sein, dachte Trude bei sich. Vorhin reißt Lofte noch ihren Mund vor weig wie weil auf, und jetzt sagt sie garnichts. Das habe ich mir ja gleich gedacht.

Wir kommen nun zu Friedrich des Großen Taten in der Mark Brandenburg. Gelte seinem Wahlspruch: Ich bin der erste Diener des Staates, hat er Großes geleistet, sagte

der Lehrer. Zwar zeigten alle Kinder wenig Freude am zuhören. Lehrer Kinderbeiß jedoch war deso mehr bei der Sache.

Der alte Fritz ließ in unsere Lausitz fremde Emigranten kommen. Diese brachten aus ihrer Heimat die Kunst des Webens mit. Er legte also den Grundstock zu unseren Webereien. Seine Talkraft und seine Vaterlandsliebe machten unsere Heimat wohlberühmt. Die Bevölkerung wurde reich! Sie konnte besser leben, essen, sich kleiden.

Herr Lehrer, das ist ja garnicht wahr! Lehrer Kinderbeiß blieb vor Staunen der Mund offen. Edith und Friedel fiel vor Schreck das Steckbuch runter, mit dem sie unter der Bank gespielt hatten, und die Träume der anderen erfuhren eine plötzliche Unterbrechung.

Am interessantesten aber war Trude. Also Lofte hatte doch etwas gesagt. Und zwar etwas, was den Kinderbeiß ärgern mußte.

Lofte Seifert, komm doch einmal vor. Was hast du gesagt? Schämst du dich nicht, unseren Wohltäter und Landesvater zu verleumdern?

Doch Lofte ging ganz ruhig vor. Herr Lehrer, erst gestern habe ich meinen Vater gefragt. Und der sagte, nichts war schlimmer als Friedrich II. Der holte sich reiche Leute her und die ließ er Fabriken bauen. Die Bevölkerung wurde mit Klopeln in die Fabriken getrieben und mußte für ein Hungerlohn arbeiten. Die Tuche, die damals aus den Fabriken kamen, waren schlecht. Keiner wollte sie kaufen. Da erließ der König ein Gesetz, daß in ganz Preußen nur die Tuche aus der Lausitz getragen werden durften. Alle anderen Tuche aber wurden verboten und konnten nicht über die Grenze kommen. Denn der König hatte eine große Steuer auf die Lausitzer Tuche gelegt. Er und die Fabrikherren verdienten massenhaft daran, während die Arbeiter hungerten. Genau so wie heute. Der dicke Wolf dort

drüben wird immer dicker. Aber unseren Vätern kürzt er immer mehr den Lohn. Wissen Sie, Herr Lehrer, daß die drüben streiken wollen?

Jetzt erst brachte der Lehrer es fertig, seinen Mund zuzuklappen. Ohne ein Wort zu sagen, machte er kehrt und verschwand nach draußen.

Die Klasse verharrte einen Augenblick in atemloser Stille. - Nun setz' dir man, jetzt holt er den Rektor mit dem großen Onkel, hüllte ein Teil los. Duffe... fein... rief die Trude. Dem haste es aber gegeben... Mensch, bist du aber 'ne Knallhüte. Wie ein Großvater auf Rollern ist der Pauker zur Tür geschlichen.

Was brüllt ihr denn so, fuhr Lofte alle an. Ich will euch mal was sagen: drüben, der dicke Wolf, will unseren Eltern zehn Prozent vom Lohn abzichen. Wißt ihr, was das heißt? Das heißt, für uns gibt es keine Schritte mehr in die Schule und mindestens eine Schritte zur Vesper weniger. Und Sonntags einen Kloß weniger, und in der Kloßbrühe wird überhaupt kein Speck mehr sein. Wollt ihr das? Nein! Fünfzehn der Kinder riefen es wie aus einem Munde.

Und nicht nur die geht's was an, deren Eltern drüben arbeiten. Auch die Stempelngeh's was an. Denn wenn der Dicke drüben abzieht, dann gibt's bestimmt in vierzehn Tagen weniger Unterstützung im Rathaus.

Du, ich geh' Schmieere steh'n, wenn der Kinderbeiß zurückkommt, unterbrach Friedel die Lofte. Ich gehe mit, bot sich Erika an. Beide schlichen sich auf den Flur.

Ich schlage vor, daß wir eine Abordnung nach drüben schicken. Die sollen sagen, daß unsere Eltern sich den Abzug nicht gefallen lassen sollen. Wir hungern jetzt schon genug! Wir wollen nicht weniger, sondern mehr zu essen haben. Und wir wollen ihnen helfen beim streiken und die, deren Väter stempeln gehen, müssen mit ihnen sprechen,

daß sie keine Streikbrecher beim dicken Wolf machen dürfen, meinte jetzt Trude. Los, wir wählen eine Abordnung, die rüber geht und mit den Genossen spricht! Gewählt wurden Lofte, Trude, Irma und Grete.

Und wann gehen wir? Gleich! Denn drüben machen sie eine Betriebsversammlung. Alle vier fitzten zur Tür raus. Die Klasse hinter ihnen machte wieder einen großen Krach. Jetzt dachten sie wieder an den Alten Fritz und den Lehrer Kinderbeiß. Doch jetzt gab's größeres zu tun. Einen Streik zu gewinnen.

Hast ausgedient, du erster Diener des Staates. Der Schwindel ist geplatzt, rief Friedel und nahm den ollen Fritz von Nagel. Mit Kinderbeiß einigen wir uns schon.

Wenn Wolf und Sohn streikt, sind wir alle dabei,

Ob der Lehrer auch schimpft und tobt. Wir stehen mit Vätern in einer Reih' Und halten zur Fahne rot. - Herr Wolf, treten Sie ab - es ist Zeit! Wir jungen Genossen - sind immer bereit! Vaters Lohn langt kaum für ein Stück trockenes Brot!

Rufen wir allen Kindern zu. Kämpf mit ihm gegen Hunger und Not. Nehmt dem Dicken seine Ruh'.

Herr Wolf - treten Sie ab - es ist Zeit! Wir jungen Genossen - sind immer bereit!

Mit Freuden greift Vater nach unserer Hand: Das ist recht, daß ihr mit uns ringt!

Zusammen sind wir ein stählernes Band, Das um den Erdball sich schlingt - Ihr Reichen - tretet ab - es ist Zeit!

Wir Väter und Kinder - sind immer bereit! Nicht lange mehr, dann flattern rote Fahnen Ueber allen Fabriken der Welt!

Kein Kind wird dann mehr Hunger haben: Brot für alle trägt diese Welt! - Ihr Proleten - tretet an: - Es ist Zeit!

Alle Genossen stehen: Zum Kampfe bereit!

Gegen den braunen Mordterror

Stürmische politische Debatten im Stadtparlament — Einheitsfront der Arbeiterparteien durch Parteiklängel der SPD zerschlagen — Enthüllungen des Genossen Kottusch über Sonderzuwendungen an städtische Beamte — SAP-Antrag auf Kältehilfsmaßnahmen angenommen

Eine lange, von 17 bis 23.45 Uhr dauernde wichtige Sitzung, in deren Mittelpunkt eine aufrichtig stürmische und scharf geführte politische Debatte der Arbeiterparteien gegen den braunen Terror in Breslau stand.

Im einzelnen: Am 1. April 1933 müssen die Breslauer Schatzanweisungen von 24 Millionen Mark zurückgezahlt werden. Oberbürgermeister und Stadtkämmerer sollen ermächtigt werden, die erforderlichen Darlehensgeschäfte für die Stadt abzuschließen.

Genosse Eckstein entwickelt, warum die Stadt jetzt mit der Rückzahlung in so große Schwierigkeiten gekommen und

setzt sich für die kleinen Gläubiger, die sich darauf eingestellt haben, daß sie die Schatzanweisungen in diesem Jahre eingelöst bekommen, ein.

Die Ermächtigung wird erteilt.

Nach längerer Debatte bewilligt die Stadtverordnetenversammlung den Vereinigten Theatern eine Subvention von 30.000 Mark. Wir als SAP sind zwar nicht mit dem Spielplan der hiesigen Vereinigten Theater einverstanden, haben aber aus politischen Erwägungen, die sich eindeutig gegen den Vormarsch der Nazis auf theaterkulturellem Gebiet richten, der Subvention zugestimmt.

Bemerkenswert ist dann noch neben einer Fülle von kleinen Anträgen ein Vorstoß der Deutschnationalen und Nazis gegen die Zusammenlegung der hiesigen Technischen Hochschule mit der Universität. Warum gerade die Deutschnationalen den Antrag eingebracht haben, ist nicht recht erklärlich, da ja die Maßnahmen zur Zusammenlegung vom kommissarischen Kultusminister, Professor Kachler, einem Manne der Deutschnationalen, veranlaßt wurden, was auch vom Oberbürgermeister zum Ausdruck gebracht wurde. Der Antrag wird an den Ausschuß III überwiesen.

Brodde spricht zu einem von der KPD bereits in der vorigen Sitzung eingebrachten Antrag gegen den braunen Terror in Breslau, in dem gefordert wird, daß der Magistrat bei den zuständigen Stellen hinzuwirken habe, daß die braunen Häuser in Breslau geschlossen, gegen schuldige Polizeioffiziere eingeschritten

und der Polizeipräsident aberufen werde. Brodde wendet sich gegen die SA-Mörder, treibt aber mit dem Einheitsfrontgedanken der Arbeiterschaft ein frivoles Spiel, als er seine Rede zu einer weitreichenden Parteitirade ausarten läßt.

Die Debatte wird sehr lebhaft und erregt. Genosse Kierstein stellt fest, daß es ein Zeichen der Zeit sei, daß man, anstatt über Kulturlagen

über Mörderzentralen diskutieren müsse.

Diese Mörderzentralen müßten aber fallen, der Magistrat müsse durchgreifen. Er stellt fest, daß eine Protestdemonstration der Arbeiterschaft von der Polizei verboten worden sei.

Die Nazis ergehen sich daraufhin in einer Flut von Lügen und Verleumdungen, es kommt zu stürmischen Szenen. Immer wieder fallen Zwischenrufe wie

„Ihr Schwindler“.

Nazi Steffen beschimpft den Oberbürgermeister, der schließlich so tut, als sei er aus allen Wolken gefallen. Der Magistrat sähe keine Gelegenheit, einzugreifen, da — und das wurde in einer Tonart gesagt, als ob bisher nicht ein einziger Terrorakt von Seiten der Nazis ausgeübt — nicht genügend Belastungsmaterial vorhanden sei.

Es fällt der Zwischenruf „Sie müßten, wie tausend andere Unschuldige, einmal vor einer Nazikaserne verprügelt werden“.

„Sehr richtig“ ertönt es von den Tribünen. Der Antrag der KPD wird durch übliche Parteilichheiten der SPD beeinträchtigt. Die SPD hatte nämlich in der Frage „Kampf dem braunen Terror“ einen beinahe gleichlautenden Antrag eingebracht, um parteiegoistische Ziele verfolgen zu können.

Bei der Abstimmung stimmte sie nicht für den KPD-Antrag,

der ja, um es nochmals zu betonen, beinahe des gleichen Inhalts war, und hat damit den Einheitsfrontgedanken einer proletarischen

Kampffront auf das Schwerste sabotiert. Endresultat der KPD: wie der SPD-Antrag verfallen schließlich gegen die geschlossene Front der Rechten und des Zentrums der Ablehnung.

Es folgt unser gestern bereits veröffentlichter Dringlichkeitsantrag für Kältehilfsmaßnahmen.

Genosse Kottusch spricht dazu. Er zeigt an einer Reihe von Beispielen und Vorkommnissen, daß die Winterhilfe in jeder Beziehung unzulänglich sei. Es müsse umgehend etwas für die Hungernden und Frierenden getan werden. Das Gegenargument, daß kein Geld vorhanden sei, ziehe nicht mehr. Geld ist schon noch da und wird verschwendet.

Und er fährt dann fast wörtlich fort: „Uns ist bekannt, daß beim Bau der Sparkasse der Baurat Puschnonn und andere städtische Beamte, die beim Sparkassenbau tätig waren, eine einmalige Entschädigung von 3000 Mark (und weiterhin von 1600 Mark) durch das Sparkassenanitorium erhalten haben. Wofür eigentlich, denn die Beamten haben doch nichts anderes als ihre Pflicht erfüllt. Die Auszahlung an Entschädigungen an diese Beamte stellt einen einzigen Skandal dar.“

Unser Antrag wird schließlich angenommen mit der Abänderung, daß zwei Zentner Kohle pro Haushalt als Kältehilfsmaßnahme gewährt werden soll.

Allerdings mit dem Zusatz: „soweit Mittel vorhanden sind“

Dies sind — und das wissen alle Proleten — die Hauptargumente des Bürgertums gegen Gewährung von Unterstützung an die Frierenden und hungernden Erwerbslosen. Wie man aber andererseits Gelder immer und immer wieder nutzlos und völlig unbegründet zur Unterstützung von Bürgern in guten Positionen, die weder Hunger noch Kälte kennen, verwendet, zeigen die Enthüllungen unseres Genossen Kottusch.

zu verzeichnen waren und der Bericht doch noch etwas aussuchen sollte, beschäftigte sich Koll. Ufert sehr lange mit den Unterstützungsmitteln des D. M. V., welche für ihn augenblicklich der Hauptinhalt der Organisation zu sein scheinen. Die ganze geistige Pleite der Gewerkschaftsführung zeigte sich aber erst in dem Schlußsatz des Jahresberichtes, in welchem Koll. Ufert allen Metallarbeitern für das kommende Jahr Arbeit und ausreichenden Lohn wünschte. Nach einem KPD-Diskussionsredner sprach unser Genosse Zell. Ausgehend von dem Schlußsatz des kollektiven Ufert, gab er zunächst eine klare marxistische Darstellung der heutigen Lage und zeigte, daß es im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft unmöglich ist, allen Erwerbslosen Arbeit und Lohn zu beschaffen. Nach einer kritischen Betrachtung der ADGB-Politik der letzten Jahre, zeigte Gen. Zell klar und deutlich den Weg, auf dem die Gewerkschaften gehen müssen, um wirklich der Arbeiterschaft helfen zu können. Nicht Unterstützungsvereine, sondern Kampforganisationen müssen wir wieder schaffen.

Sonabend, den 28. Januar, 20 Uhr Restaurant „Vergilginnicht“, Breslauer Straße; Schulungskursus. Leiter Gen. Scholz, Breslau.

Als 1. Bevollmächtigter wurde Koll. Ufert wiedergewählt. Bei der Wahl des 2. Bevollmächtigten zeigte sich:
1. die völlige Einflußlosigkeit der KPD und
2. das Fehlen jeder Bereitschaft, mit einer anderen revolutionären Gruppe zusammenzugehen.
Bei der Abstimmung erhielten: der Kandidat der Verwaltung (V. f. D.) 130 Stimmen, der Kandidat der KPD 35 Stimmen, Fritz Zell (SAP) 70 Stimmen.
Der Ausgang dieser Wahl zeigt, daß es uns in der kurzen Zeit unseres Wirkens gelungen ist, einen großen Teil der Mitglieder hinter uns zu bekommen, was der KP schon lange nicht mehr möglich ist da ja die KPD-Mitglieder gänzlich in der Lage sind, eine Politik zu vertreten, welche die übrigen Gewerkschaftsmitglieder verstehen. Dieser Achtungserfolg ist der beste Beweis dafür, daß wir mit unseren Gedanken vordringen. Er soll uns zu verstärkter Arbeit im Sinne der SAP anfeuern.
Nachdem noch ein Antrag der KP zwecks Überlassung der Räume des Volkshauses von unseren Genossen unterschützt wurde, schloß Kollege Ufert die Versammlung mit dem Hinweis auf den Vortrag von Dr. Stammer in der nächsten Monatsversammlung.

Aus der Liegnitzer Partei

Am 11. Januar 1933 hat die Liegnitzer Partei ihren Jahresbericht veröffentlicht. Der Jahresbericht enthält die Zusammenfassung der Kampf- und Organisationsarbeit der Partei im Jahre 1932. In 14 Monaten der Kampf- und Organisationsarbeit haben wir uns mit über 1000 Mitgliedern um die Errichtung einer Parteiorganisation bemüht und so einen Mitgliederstand geschaffen, der 1933 die Ideen des revolutionären Sozialismus in weitere Kreise der Arbeiterschaft zu tragen. Durch die wachsende einseitige Hingabe und den persönlichen Opfertum unserer Mitglieder waren wir in der Lage, sechs öffentliche Versammlungen mit gutem Erfolg durchzuführen. Trotzdem wir bei jeder Versammlung von der hiesigen SPD-„Volksmacht“ belächelt wurden, mußten selbst Gegner zugestehen, daß das Niveau unserer Versammlungen weit über dem der SPD- und der KP-Versammlungen liegt. Es wurde zu weit führen, wollten wir die gesamte Jahresarbeit Revue passieren lassen, deshalb nur einige Abschnitte, die wir den Lesern der SAZ vor Augen führen wollen. Hier ist zunächst unsere Wählerarbeit zu nennen. Die Riesenschären an öffentlichen Plätzen und Straßen, die große Anzahl selbstgefertigter Plakate gaben ein bereicheres Zeugnis unserer Aktivität, denn nur auf diese Art konnten wir, im Hinblick auf unsere geringen geldlichen Mittel, öffentlich in Erscheinung treten. Als angesichts der drohenden Faschisten-gefahr überall die Frage der Einheitsfront

Der §, der tötet!

Sonderveranstaltung der PKG. Gegen den § 218
Film: „Aus dem Tagebuch einer Frauenärztin“ — im Vorprogramm: Songs, Sprechchöre. Genosse Erkstein spricht. Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr im Proleten.

akut wurde, haben wir alles getan, um auch in Liegnitz zu einem guten Ergebnis zu kommen. Nachdem wir gemeinsam mit der KPD und einigen SPD-Arbeitern mehrere Erwerbslosenversammlungen organisiert, in denen wir über 5000 Arbeiter erfassen, zeigte es sich bald, daß bei der KP nach den Wahlen kein Interesse mehr vorhanden war. Ihren Rückzug verdeckte die KP damit, indem sie uns der Sabotage beschuldigen wollte. Nun, ihr Genossen von der KPD, den Dreißigen kennen wir, denn diese Methoden habt ihr zu oft benutzt, als daß man euch noch Glauben schenkt. Zusammenfassend können wir sagen, das Jahr 1932 war ein Kampfsjahr, es war nicht geeignet für unser gestecktes Ziel — organisatorische Ausweitung der SAP. Daran haben uns die dicht aufeinander folgenden Wahlkämpfe gehindert. Für das Jahr 1933 aber soll das gelten, was von allen Rednern der Jahreshauptversammlung betont wurde, und das ist folgendes: Wir wollen entschlossen auf dem Boden der Prinzipienklärung weiterkämpfen und alle Möglichkeiten ausnützen, um der Partei eine größere Basis zu schaffen.

Rund um Kreuzburg

(Sonderbericht der „SAZ“)
Im „Mohrenköppl“ fand die Generalversammlung der SAP statt. Bericht: Wir haben ein arbeitsreiches Jahr hinter uns, sind stärker in Erscheinung getreten als die beiden großen anderen Arbeiterparteien. Die Gründung der SAP war eine Notwendigkeit.
Der alte Vorstand, der sich in den vergangenen Kämpfen bewährt hat, wurde wiedergewählt.

Die KPD? Nun, eine Zeitlang hämmerte sie vergeblich mit Einheitsfrontparolen auf die Kreuzburger Arbeiterschaft ein. Der rote Massenselbstschutz sollte organisiert werden. Es kam einmal auch eine Versammlung zustande, in der die SPD und der ADGB vertreten waren. Diese Versammlung verkrachte, wegen mangelnder Regie. In unserer Stadt ist von der KPD nicht mehr viel übrig geblieben. Sie besteht faktisch nur noch aus „AIZ“-Lesern.

Und die SPD? Sie hat nach der Spaltung noch nicht einmal eine Quartalsversammlung zustande bringen können, weil es ihr hierfür an der nötigen Besucherzahl fehlte. Sie hat weniger Mitglieder als die SAP. Und muß bei Versammlungen sich die nötige Statisterei aus den umliegenden Dörfern zusammenzettelnd. Dabei besteht sie zum größten Teil aus nicht eingeschriebenen Mitgliedern — aus sogenannten Sympathisierenden.

Proleten-Vorschau

Ab Freitag ist im Programm des Proleten ein künstlerisch wertvoller Film zu sehen. „Aus dem Tagebuch einer Frauenärztin“ — Ein Film, der unter so vielen Filmen endlich einmal wieder den Mut gefunden hat, zur ungeheuren Not im Zusammenleben der Menschen in der heutigen Zeit Stellung zu nehmen. Der unendlichen Zahl von Müttern ist dieser Film gewidmet. Laßt die Frau selbst und frei über ihre Mutterschaft entscheiden. — Eine mutige, tapfere Arbeit dieser Film. Auch im Arzeig. Bei diesem Film kann der Besucher diesem Filme Anerkennung zollen. Zu diesem Spitzfilm wird ebenfalls noch ein Otto Wallburg-Lustspiel „Der Hochtourist“ gezeigt. Bei diesem Film kann der Besucher von Herzen lachen. Neue Bilder der Tonwunderschau runden das Programm ab. Wer eine gute Kinoveranstaltung besuchen will, dem ist das Programm des Proleten sehr empfohlen. Sonntag 10 Uhr findet die beliebte Nachmittags-Kinderveranstaltung zu niedrigen Einheitspreisen statt.

Notwerk auch in Liegnitz

Die neueste Attraktion der Regierung Schleicher in Tätigkeit

(Sonderbericht der SAZ)

Die neueste Zugnummer der Regierung Schleicher, das „Notwerk der deutschen Jugend“, ist nun auch in Liegnitz eingeführt worden. Am 9. Januar erging an alle dem Ortsausschuß für Jugendpflege angeschlossenen Organisationen die Einladung zu einer Besprechung. Bei dieser Besprechung wurden Richtlinien aufgestellt, welche wir auszugeweiht wiedergeben:

1. Zu dem Notwerk zugelassen sind alle arbeitslosen Jugendlichen bis zu 25 Jahren, die an Schulungsmaßnahmen des Arbeitsamtes teilnehmen. Jugendliche also, die an Schulungsmaßnahmen nicht teilnehmen, kommen für die Betreuungsmaßnahmen, insbesondere auch für die Ausgabe von Essen, nicht in Frage.

2. Neben der Ausgabe von täglich einer warmen Mahlzeit, sind die Jugendlichen in den Kameradschaften durchschnittlich zwei Stunden täglich zu betreuen.

3. Als Träger können alle Organisationen, Verbände, Vereine usw. in Frage, die für die Betreuung arbeitsloser Jugendlichen für geistige und körperliche Fortbildung, für Gemeinschaftsgestaltung usw. befähigt sind. Voraussetzung ist hierbei, daß die Betreuungsmaßnahmen vollkommen unpolitisch und vollkommen neutral aufgezogen werden. Hieraus erhellt, daß die Träger nicht nur Mitglieder ihrer eigenen Organisation, sondern auch andere arbeitslose Jugendliche ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu anderen Verbänden mit betreuen müssen.

Um ja nichts zu verpassen, hatten natürlich die Gewerkschaften nichts Eiligeres zu tun, als ihre Bereitschaft zur Bildung von Kameradschaften zu erklären und die Jugendlichen zur Teilnahme aufzufordern. Als Begründung wurde dasselbe angeführt, wie beim freiwilligen Arbeitsdienst: „Wir dürfen die Jugend den andern nicht allein überlassen.“ Wenn man aber überlegt, daß nach den Richtlinien die Ausbildung vollkommen neutral und unpolitisch sein muß, daß ferner

alle Vorträge ausgearbeitet der Aufsichtsbehörde vorgelegt werden müssen, so ist bei dieser Unterstützung einer reaktionären Einrichtung der Schaden größer als der Nutzen.

Eine Ausnahme bildet hier der Buchdruckerverband. Von der Leitung waren Ende vorigen Jahres auf Anforderung des Arbeitsamtes Vorschläge für Schulungskurse eingereicht worden. Auf Grund dieser Vorschläge wurden jetzt die Buchdrucker aufgefordert, eine Kameradschaft zu bilden. Der Vorstand und die erwerbslosen Buchdrucker lehnten dieses Ansinnen einstimmig ab. Das Arbeitsamt zögert daraufhin den Erwerbslosen das Mittagessen. Aber auch dieser Druck konnte die Kollegen nicht zum Aufgeben ihres Standpunktes bewegen. Diese klare Stellungnahme ist nicht zuletzt auf das Wirken unserer Genossen im Buchdruckerverband zurückzuführen.

Die Stellung des SJV

Der SJV, Ortsgruppe Liegnitz, beschäftigte sich ebenfalls mit dieser Frage. Nach einer ausgiebigen Diskussion wurde unsere Stellung wie folgt formuliert:

„Das „Jugendhilfswerk“ bedeutet keine wirkliche Hilfe für die erwerbslose Jugend, sondern ist ein weiterer Schritt zur Arbeitsdienstpflicht und zur damit verbundenen Militarisation der Jugend. Die Erfassung und ideologische Beeinflussung der Jugend, welche durch den freiwilligen Arbeitsdienst nur zum Teil gelingen ist, soll jetzt zwangsweise auf alle unterstützten Jugendlichen ausgedehnt werden. Der „Staatsbürgerliche“ Unterricht, welcher im Rahmen der Kameradschaften durchgeführt werden soll, bedeutet Erziehung zur Arbeit im Sinne des Kapitalismus. Jede Unterstützung dieser Maßnahme bedeutet in der Praxis Unterstützung der Reaktion. Der Jugend kann im Kapitalismus nicht geholfen werden. Darum aufgeräumt mit den Illusionen über die Hilfsbereitschaft des Bürgertums. Alle Kräfte eingesetzt zur Aufklärung und Revolutionierung der Jugend. Alle Kräfte eingesetzt zur Überwindung des Kapitalismus, zum Sieg des Sozialismus!“

Hauptversammlung des DMV

Wachsender Einfluß der SAP (Sonderbericht der „SAZ“)

Im Jahresbericht des Kollegen Ufert spiegelt sich die trostlose Lage der Liegnitzer Metallarbeiter wieder. Nur ein kleiner Teil ist noch vollbeschäftigt. Da im übrigen keine Erfolge auf gewerkschaftlichem Gebiet

Jungarbeiter!

Heraus zur Jugendversammlung am Sonntag, den 4. Februar, 20 Uhr. (Lokal wird noch bekanntgegeben.) „Gegen Arbeitsdienst, Zwangskurse und Militarisation! Für den Sozialismus!“

Es spricht: Genosse Kühnberg, Breslau. Ferner wirbt mit: Die proletarische Spielgruppe „Kolonie links“. Erscheint zahlreich. Eintritt frei. Sozialistischer Jugendverband, Ortsgruppe Liegnitz.

Dresden

Marxistenkreis Präsidium. In der vorigen Woche traten die 75 Dresdener Stadtverordneten zur ersten Sitzung zusammen. Ungehöriger Andrang zu den Tribünen, grobe kommunistische Erwerbslosendemonstration und unangenehme „Sicherheitsmaßnahmen“ waren die äußeren, Einheitsfront des gesamten Bürgertums, nationalsozialistische Blamage und Angriffslust der Linken die inneren Zeichen dieser ersten Zusammenkunft.

Wie sich noch nicht über die Bedeutung der Gemeindeparlamente — besser: der Parlamente — in der Gegenwart im klaren war, der konnte es aus der Eröffnungsrede des Oberbürgermeisters Dr. Kütz erfahren, der nämlich u. a. ausführte: „Von Ihnen wird es abhängen, ob in Zukunft mit den oder trotz der Stadtverordneten gearbeitet werden kann.“ Die seit den Neuwahlen verstrichenen zwei Monate sind von der rechten Seite zu einem großen Kuhlhandel erfolgreich ausgenutzt worden. Für die 23 Nazis sind dabei der erste Vorsteher und zwei Beisitzer, für die übrigen 17 bürgerlichen Vertreter die anderen zwei Vorsteher und ebenfalls zwei Beisitzer herausgesprungen. Der Erfolg der ganzen Angelegenheit wird aber ein anderer sein: die Fronten sind klarer und die beiden „marxistischen“ Fraktionen werden zwangsläufig besser als bisher zusammenarbeiten müssen.

Dem Interessentenhaufen von den Nazis bis zur Staatspartei droht bei fast jedem Beratungsgegenstand der Zerfall. Das zeigte sich schon bei der ersten Probe. Als das ganze Haus vor Lachen über die Unfähigkeit des Nazivorstehers Dr. Kluge dröhnte, ließen die Bürgerlichen ihre braunen Brüder im Stiche und stimmten für ordnungsgemäße Weiterführung der Sitzung. Nach Wahl und Konstituierung von vier ständigen Ausschüssen wurde die Sitzung gegen die Stimmen der Linken geschlossen, ohne daß auch nur ein Antrag für die Erwerbslosen besprochen wurde. Die hatten inzwischen von der Polizei ihre — „Winterhilfe“ bekommen. Kurz.

Kamenz i. Sa.

Die erste Sitzung der Stadtverordneten verlief vollkommen ruhig, wenn man von dem Gebrüll der Nazis bei der Erklärung des Stadtverordneten Schneider (KPD) absieht, als dieser die Nazis als Mörderpartei bezeichnete. Als erster Vorsteher wurde Justizrat Voigt mit 17 gegen 4 Stimmen (3 KPD, 1 SAP) gewählt. Als erster Stellvertreter Macher (SPD). Dafür stimmten 6 Bürgerliche, 5 SPD und Gen. Moschke. Als zweiter Stellvertreter wurde mit allen bürgerlichen und Nazistimmen Nazi-Krahl gewählt. In der Kamenzener Warte schreiben sich die Bürgerlichen und Nazis die Finger wund, ob es richtig war, daß die 6 Bürgerlichen für Macher als ersten Stellvertreter stimmten. Als Schriftführer wurde Verwaltungsspektor Roscher mit 17 gegen 4 Stimmen (3 KPD, 1 SAP) bestimmt. Bei den Wahlen zu den Fünfer-Ausschüssen wurde durch die Erklärung des Gen. Moschke, daß er für die SPD-Liste stimme, erreicht, daß um den fünften Sitz gelost wurde zwischen SPD und KPD, wobei dreimal die KPD die glückliche war. Hätte Gen. Moschke für die KPD gestimmt, so hätte jedesmal zwischen den Nazis und der SPD gelost werden müssen. Das Geschrei der KPD im „Roten Scheinwerfer“ ist vollkommen überflüssig.

Von der Gewerkschaftsfront ist zu melden, daß bei den Textilarbeitern der

Ortsausschuß (3 SAP, 2 SPD) gegen eine Stimme wiedergewählt wurde. Die gut besuchte Versammlung verlief harmonisch.

Bei den Metallarbeitern unternehmen die SAP-Genossen einen Vorstoß. Es wurde eine Resolution angenommen, die sich scharf gegen den FAD und gegen die Gewerkschaftsführung wendet. Bei der Wahl zum ersten Vorsitzenden erhielt der oppositionelle Kollege von 3 Stimmen 13. Doch beim zweiten Vorsitzenden erhielt Gen. Wendt, Erich, 19 Stimmen und wurde gewählt. 13 Stimmen entfielen auf den SPD-Kandidaten. Bei den anderen Wahlen unterlagen die SAP-Genossen ganz knapp.

Klingenthal

Vor der Gemeindevahl schrien unsere Nazis: „Wir werden aufdecken!“ Jetzt hingegen scheuen sie nichts mehr als die Öffentlichkeit. Bereits in der ersten Sitzung der Stadtverordneten wollte der Nazivorsteher taumen lassen und in der zweiten, die am letzten Dienstag stattfand, beantragte die NSDAP Einführung von Zuhörerklarten und Bildung eines körperschaftlichen Stadtrates. Da außer diesen beiden Dunkelkammeranträgen noch ein dringlicher Erwerbslosen Antrag und andere wichtige Dinge zur Beratung standen, hatte sich eine zahlreiche Zuhörerschaft eingeladen von der nur ein kleiner Teil auf der Tribüne Platz finden konnte. Die frühere linke Mehrheit hatte in solchen Fällen den an den Sitzungssaal angrenzenden Raum für die Zuhörer freigegeben. Die bürgerliche Nazimehrheit aber hatte nichts eiligeres zu tun, als diese Einrichtung abzuschaffen. Müssen die ein schlechtes Gewissen haben. Aus der abrückenden Zuhörergruppe bildete sich spontan ein Demonstrationszug, an dem sich weit über hundert SAP- und KP-Genossen beteiligten. Der Zug marschierte unter dem Gesang von Kampfliedern und Niederrufen auf den Faschismus durch die Stadt, um sich schließlich vor dem Palhaus unter einem donnernden Hoch auf die proletarische Einheitsfront aufzulösen. Das von den Nazis herbeigerufene Überfallkommando kam gerade, als die Demonstration vorbei war.

Unsere Generalversammlung am letzten Sonnabend war gut besucht. Der Vorsitzende gab einen kurzen Rückblick auf die Kämpfe des vergangenen Jahres und konnte feststellen, daß sich die Bezirksgruppe gut geschlagen und zur Gemeindevahl sogar recht beachtliche Erfolge erzielt hat. Der Mitgliederstand hat sich etwas gehoben. Wesentlich ist eine innere Veränderung in der Mitgliedschaft: einem Verlust von etwa dreißig größtenteils passiven Mitgliedern, die bei der Spaltung nur versehentlich mit uns gegangen waren, steht ein größerer Zuwachs an jüngeren, überzeugten und kampfbereiten, geschlossenen Genossen gegenüber. Der alte Funktionärkörper wurde fast ausnahmslos wiedergewählt. Ein politisches Referat des Genossen Zangry-Plauen wurde mit Beifall entgegengenommen. Lebhaft debattiert gab es über das sogenannte Netzwerk der Jugend, an dem sich die Gewerkschaften unter gewissen Sicherungen beteiligen wollen. Es wurde dazu folgendes beschlossen:

1. Die Partei lehnt alle diese Dinge als Maßnahmen der Reaktion ab.
2. Sie verpflichtet alle Gemeindeverordneten der SAP, keinerlei Mittel dafür zu bewilligen.
3. Sie verpflichtet ihre Mitglieder in den Gewerkschaften, die von diesen gebildeten Kameradschaften sofort aufhören zu lassen, sobald sich irgendwelche Arbeitsdienst- oder Militarisierungstendenzen bemerkbar machen, und den Gewerkschaften in der Ausgestaltung nicht völlig freie Hand zu lassen.

Löbau

In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde zunächst von der SPD ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, der verlangt, daß der Stadtrat unverzüglich Schritte einleitet, neben dem vom Bürgermeister bereits angekündigten Notstandsarbeiten andere Arbeiten vorzunehmen; besonders wird verlangt die Erstellung von Kleinwohnungen zu einem erträglichen Mietpreis und die Fortführung des Kleinsiedlungsbaues. Der Antrag wurde nach kurzer Begründung durch Genossen Kantwerk (SPD) einstimmig angenommen.

Es folgten dann die langwierigen Ausschusssitzungen. Unser Genosse Pfitzner wurde auf Grund unserer Einstellung zur Stadtratswahl von der SPD in den Wirtschaft-, Bestattungs- und Wohlfahrtspflege-Ausschuß geschickt. Die Kommunisten gingen bei den Ausschusssitzungen infolge ihrer sturen Politik wieder leer aus und sind in keinem Ausschuß vertreten.

Von Bedeutung war nur noch die Wahl des ersten und zweiten Bürgermeister-Stellvertreters. Gewählt wurde als erster stellvertretender Bürgermeister Dr. Bobeth (bürgerl.) gegen den Nazi-Schlachthofdirektor Dr. Ay mit zwölf gegen acht Stimmen, und als zweiter stellvertretender Bürgermeister Genosse Klingner (SPD) gegen Nazi-Ay mit demselben Stimmenverhältnis.

Planitz

Starkes Interesse brachte die Einwohner-schaft auch der zweiten Stadtverordnetensitzung entgegen. Bei der Wahl der Bürgermeisterstellvertreter zeigte sich wiederum wie bei der Vorsteherwahl das erfreuliche Zusammenstehen der Arbeiterparteien, das der SPD den ersten (Wagner), der KPD den zweiten Vertreter (Urbauer) einbrachte. Bei der Ausschuswahl gab Gen. Häuber ein Musterbeispiel proletarischen Verhaltens, indem er der KPD, ohne daß diese ihm einen Sitz zugebilligt hätte, in vier Ausschüssen zu einem weiteren Vertreter verhalf. Wer nun gehofft hatte, daß sich auch bei der Beratung der Erwerbslosen Anträge die bisherige Kampf-gemeinschaft weiter erhalten würde, der wurde durch das gegenseitige Gezänk der SPD und KPD anders belehrt. Wieder war es unser Gen. Häuber, der im Gesamtinteresse der Arbeiterschaft und unter besonderer Aufmerksamkeit aller Anwesenden aufrief, den Bruderkampf einzustellen, sich mit den Erwerbslosen zusammenzuballen, um endlich mit allen Mitteln gemeinsam für das gemeinsame Interesse zu kämpfen. Den bescheidenen Erwerbslosenforderungen: Bereitstellung von Wärme-, Versammlungs- und Auskunftsräumen wurde allseitig zuge-

stimmt, nur der Bürgermeister nahm eine entgegen seinem bei der Wiederwahl gegebenen Versprechen bürokratische Haltung ein. Ein Antrag der SPD, der sich mit den neu herausgegebenen Richtlinien des Amtshauptmanns für die Erwerbslosenfürsorge beschäftigte, stieß auf wenig Gegenliebe, fand aber Zustimmung.

Wilkau

SPD spaltet. Das Kartell für Geistes- und Körperkultur, in dem alle Wilkauer Arbeiterorganisationen vertreten sind, befaßte sich mit dem Verhalten der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung anlässlich der Erwerbslosen-Unruhen. Mit überwältigender Mehrheit nahmen dort die Vertreter der Arbeitervereine eine von der SAP eingebrachte Protestentscheidung gegen das Verhalten des sozialdemokratischen Bezirkssekretärs und Bürgermeisterstellvertreters Päckert, sowie gegen das provokatorische Verhalten des SPD-Vorstehers und des Polizeiwachmeisters Dietrich an. Der SPD-Vorsitzende des Kartells legte deshalb seinen Vorsitz nieder. Als Vorsitzender wurde unser Genosse Paul Pöcker gewählt. Die SPD wurde daraufhin ganz kopflos und erklärte ihren Austritt aus dem Kartell. Für diesen Schritt hielten es die Bonzen nicht nötig, erst die Mitglieder oder Funktionäre zu fragen. Wir stellen ausdrücklich fest, daß die sozialdemokratische Mitgliedschaft irreführend werden soll, wenn man am Mittwoch im „Volksblatt“ lesen kann in einem Bericht über eine Funktionärsitzung vom Dienstag, daß dort der Austritt aus dem Kartell beschlossen worden sei. Einen Tag vorher hatte Pöcker den Austritt bereits schriftlich erklärt. Wir fordern alle klassenbewußten Proletarier auf, diese Spaltung der Wilkauer Kulturbewegung auf das Entschiedenste zurückzuweisen und zu erkennen, daß es der SPD um nichts weiter als um kleinste egoistische Parteiinteressen geht.



SAP

Planitz: Sonntag, 29. Januar, 19.30 Uhr im Volkshaus Generalversammlung.

Freidenker Plauen: Am Sonnabend, 28. Januar, findet die Freidenker-Jahresversammlung im Gewerkschaftshaus statt. Beginn 19.30 Uhr. Es ist höchste Pflicht jedes SAP-Freidenkers, die Versammlung zu besuchen. Erscheint zeitig und bringt Mitgliedsbuch mit!

SJV

SJV u. SAP Freital: Sonntag, 29. Januar, 19.30 Uhr, im Jugendheim Gedenkstunde für die Opfer der Januarkämpfe. Musik, Lichtbilder und Ansprache des Gen. Melcher, Dresden.

IHV Dresden: „Die Amnestie und die weiteren Aufgaben der IHV“. Ueber dieses Thema spricht Gen. Paul Richter in der am 31. Januar, 19.30 Uhr im Kreisheim, Parkstr. 6 (Nähe Lenestr.) stattfindenden Jahreshauptversammlung. Weitere Tagesordnungspunkte: Berichte — Neuwahlen. Restloses Erscheinen ist Pflicht.

Zwickau
Gasthof zum Löwen, Ebersbrunn
Am 4., 5. und 6. Februar:
Bockbier-Ausschank
Gute Unterhaltungsmusik
Es ladet freundlichst ein
Albin Oettel und Frau
Besuchen Sie das Kino-Variété für jedermann
Deutsches Theater
Montag und Donnerstag
Programmwechsel
Volkspreise: 35, 50, 70 Pfg.

Frankenhausen
„PARADIES“ Frankenhausen
Jeden Sonntag ab 4 Uhr der große Ballbetrieb
(Kapelle Maier)
ff. Speisen und Getränke
Es laden freundlich ein **Erich Schreiter u. Frau**

Pirna
Bäckerei und Konditorei
Karl Gollmar
Stelnplatz 14
Möbel
handwerksmäßig ge-diegene Arbeit. Langes StraÙe 15. Matthes.
Genossen Beachtet unsere Inserate

Dresden
Kauft bei
Schuh-Oestreich
das billige Schuhhaus Dresdens
Verkaufsstellen:
Jahnstraße 5, am Wettiner Bahnhof
Frauenstraße, Ecke Schöberggasse
Königsbrückerstraße, am Albertplatz
Oschatzerstraße 13
Poststraße, neben Li-Mu

Heldenaue
Heldenaue Hof, Inh. Ernst Taubert
Spezial-Anschank — Bayer. Bier — Zehniger Kronenbrot
Vereinszimmer — Schattiger Garten
Jeden Sonnabend: Schlachtfest.
Verkauf ff. Wurstwaren auch über die Straße.

Deutsches Theater-Restaurant Freitag, sowie Sonnabend in den Gasträumen **lustiger Bier-Abend** bei der bekannten Stimmungs-musik! **Billige Preise.**
Achtung! Empfehle meinen vollständig neu vorgerichteten Saal, 200 Personen fassend, unentgeltlich wertvollen Vereinen und Gesellschaften für Veranstaltungen sowie Familienfestlichkeiten. Gleichzeitige bringe ich meine geräumige Kegelbahn, vorschriftsmäßig, in neuem Gewand, mit neuem Material in empfehlende Erinnerung. Besichtigung erbeten. Ergebenst **Franz Auer.**

Hiermit bestelle ich ab _____ die
SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Reichsausgabe
zum Preise von 2,10 RM, monatlich zuzüglich 36 Pfg. Zustellgebühren
Name: _____
Stand: _____
Wohnung: _____

Beitritts-Erklärung
Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur
Sozialistischen Arbeiter-Partei
Name: _____
Stand: _____ Geb.: _____
Ort, Wohnung: _____
Mitglied der _____ Gewerkschaft
Eingetreten: _____ Leser der _____

Schnitzlers Restaurant
Bockbier-Ausschank
am 28., 29. und 30. Januar.
Sonnabend: **Saure Flecke.**
Freundl. ladet ein **Alfred Schnitzler u. Frau**
Wir lesen die
SAZ
Sozialistische Arbeiter-Zeitung
Geschäftsstelle: Gartenstr. 21. Tel. 20602 u. 56768
und kaufen nur bei unseren
„Inserenten“

Dieser Bestell- oder Aufnahmeschein ist bei der Expedition der SAZ oder im Parteisekretariat, Breslau 5, Gartenstraße 21 oder bei den Funktionären der SAP oder der SJV abzugeben.

„Die Maßnahme“ von Bert Brecht

I. Vor einigen Jahren war Bert Brecht „modern“. Seine Stücke wurden gespielt, seine Gedichte gedruckt und gelesen, die Zeitungen nahmen für und gegen ihn Stellung. Das große Ereignis, die „Drei-Groschen-Oper“, der sensationelle Bühnen- und Filmefolg mit allen Beschuldigungen und Prozessen, schließt diese Zeit ab. Inzwischen ist es still um ihn geworden. Das Bürgertum hat seine geistigen Positionen preisgegeben und sich, um sich selbst zu erhalten, dem Faschismus und der Reaktion unterworfen. Die Kunst wird offiziell befördert mit Jubiläumstagen aller Art, bei denen vorher die Busten mit einem Wedel sorgsam entstaubt werden, und durch Neuaufträge an nationale Künstler, die natürlich nur „Maßarbeit“ liefern.

II. Bert Brecht hat eine Wandlung durchgemacht. Besser gesagt: eine Entwicklung, die sich in seinem Werk ausdrückt. Zur Kennzeichnung: Hauspostille — Drei-Groschen-Oper — Die Maßnahme. Seine Einfachheit war früher oft primitiv-gewollt — heute ist sie natürlich-gewollt. Seine Sprache ist nicht mehr wie früher — manchmal banal-intellektuell, sondern klar und notwendig. Seine Stoffe sind nicht mehr allgemein, sondern spezifisch, nicht mehr originell, sondern symptomatisch. Hier ist die Ursache dieser Entwicklung. Brecht gibt nicht mehr nur Lektionen für den oder jenen, über die oder jene Sache, er kommt über die allgemeine Not zur Ursache dieser Not. Er zeigt die Zustände auf und erklärt ihre Zusammenhänge. Er macht den entscheidenden Schritt in das Leben und den Kampf des Proletariats. Das Elend zu besingen und den Klassenkampf zu ergründen, reicht nicht aus; er greift selbst ein und stellt seine Kunst in den Dienst des revolutionären Kampfes. Diese Nähe des unmittelbaren Erlebens und Beteiligte erfüllt diese Kunst mit den täglichen Qualen und Kämpfen des proletarischen Daseins und erfordert gebieterisch ein eingreifendes revolutionäres Verhalten.

III. Brecht macht Versuche. Ohne die geht es nicht. Auch die früheren Versuche waren notwendig und die heutigen sind nicht endgültig, sondern eben heutig. Wenn wir uns kritisch äußern, so nicht aus der Erstarrung allgemeiner Begriffe und dem Unbestehen an früheren Auseinandersetzungen, sondern aus dem Willen, frühere Fehler zu erkennen und unsere heutige Stellung durch neue Versuche immer erneut zu überprüfen. Wir bejahen die Anfänge von Bert Brecht als notwendigen Teil einer Entwicklung. Wir begrüßen seinen Weg zum Proletariat und seinen revolutionären Gegenwartsaufgaben. Seine revolutionären Arbeiten sind entscheidend für die Gestaltung proletarischer Stoffe überhaupt und schließen große Möglichkeiten in sich.

IV. „Die Maßnahme“. Vier Genossen sind von der Partei beauftragt, in China illegal Agitation zu treiben. Sie müssen dazu als Chinesen über die Grenze gehen. Sie beginnen ihre Agitation unter den Reis- und Reisbündelträgern, müssen diese aufgeben, weil der junge Genosse durch Mitleid die Propaganda hindert. Sie greifen in einen Teilstreit der Textilarbeiter ein. Beim Flugblattverteilen wird ein Arbeiter von einem Polizisten niedergeschlagen. Da entwirft der junge Genosse den Polizisten, statt die noch im Betrieb stehenden Arbeiter

zu veranlassen, sich mit den streikenden Arbeitern gegen die Polizei solidarisch zu erklären, und unterbindet dadurch die Propaganda beim Streik. Der junge Genosse wird zum Händler geschickt, daß er die Kulis gegen die Engländer bewaffne. Der Händler läßt den jungen Genossen zum Essen ein. Der junge Genosse lehnt das ab, weil er den Händler verachtet. Die Kulis bekommen also keine Waffen. Als der junge Genosse die Aktion beginnen will, ohne genügend vorbereitet zu sein, als er sich von den Lehren der Klassiker, von der Partei, von den drei anderen Genossen lossagt, weil er nicht warten kann, weil er sofort helfen will, die Maske herunterreißt und schreit: „Wir kommen aus Moskau“, gefährdet er die ganze Bewegung. Nach der Besprechung aller Möglichkeiten beschließen die Agitatoren, als einzigen Ausweg ohne die Bewegung zu verraten, den jungen Genossen zu erschließen und in die Kalkgrube zu werfen; denn er darf nicht gefunden werden. Der junge Genosse ist einverstanden und es geschieht so.

V. Brecht nennt „Die Maßnahme“ ein Lehrstück. Was ist ein Lehrstück? In diesem Lehrstück wird ein bestimmtes eingreifendes Verhalten dargestellt und erklärt. Zu Beginn melden die vier Agitatoren den Tod eines Genossen. Die Partei, dargestellt durch einen Kontrollchor, fragt nach den Gründen. Die Agitatoren berichten, wobei der Chor fragend eingreift und in der Diskussion die Fehler im Verhalten des jungen Genossen benannt werden. Der Chor unterbricht an verschiedenen Stellen durch Aussage über eine allgemeine Sache, die an den Bericht anknüpft. Diese Chöre sind teils Erzählung, zumeist Ausruf und Kampfmittel. Diese Einfügungen haben eine ganz starke Kraft durch Form und Inhalt. „Ändere die Welt, sie braucht es“, „Lob der illegalen Arbeit“, „Song von der Ware“ gehören mit zu den besten revolutionären Dichtungen, die wir haben. Nur die Sprachumstellung darf keine Methode werden, es wirkt unerträglich auf die Dauer. Ein Beispiel:

„Aber ist es nicht richtig, zu unterstützen den Schwachen
Wo immer er vorkommt, ihm zu helfen,
Dem Ausgebeutelten, in seiner täglichen Mühsal
Und der Unterdrückung.“

Weder Inhalt noch Rhythmus bedingen diese Verdrehung. Sie erschwert das Verständnis und klingt gesucht, sie muß fallen. (In „Die Mutter“, einem anderen Stück von Brecht, ist das schon besser.)

Der Komponist Hans Eisler hat die Musik zur „Maßnahme“ geschrieben. Der Kontrollchor, bestehend aus gemischtem und Männerchor und einem Orchester aus sieben Bläsern und Schlagzeug, erfüllen die musikalische Funktion in diesem Lehrstück.

VI. Seitdem Brecht den Weg zum Proletariat gefunden hat, wird er folgeschwer gegen Es ist Sache der Arbeiterschaft seine Stücke zur Diskussion zu stellen. Die „Maßnahme“ ist politisch, literarisch und musikalisch so wichtig, daß wir uns überall für ihre Aufführung einsetzen sollen. Für Arbeiterchöre und proletarische Spielgruppen ist es eine lohnende Aufgabe, „Die Maßnahme“ aufzuführen.

*) (Erschienen bei Gustav Kiepenheuer, Verlag: Brecht, Versuche 11—12, 1,80 RM. (Noten bei Universal Edition, Wien.)

Nachwort: Eine unmögliche Aufführung

Das proletarische Theater Wien hat „Die Maßnahme“ aufgeführt, u. a. für die SPD Dresden. Statt eines Chores sahen zwei Frauen und zwei Männer auf der Bühne, die am Anfang und Ende, begleitet vom Klavier, einige Takte sangen. Das Stück wurde von Anfang bis Ende von einer Frau vorgelesen, während die Sänger gelangweilt auf ihren Stühlen herumrutschten. Daß ein proletarisches Theater ein Lehrstück so herausbringt und damit im Reich herumfährt ist ein Skandal. Man sollte diese verantwortungslosen Gesellschaft das Handwerk legen. „Die politische Bühne“ und „Die Veranstaltungsguppe Wien“ sollten sich einmal um die Zustände beim proletarischen Theater in Wien energisch kümmern!

Eine Fälschung der SPD

Die künstlerischen Einwände verblissen aber hinter den Streichungen und Fälschungen, die in „Die Maßnahme“ vorgenommen worden sind die revolutionäre Linie des Stückes ist in eine „allgemein menschliche“ umgefälscht worden. Dabei hat man nicht nur die wichtigsten Chöre: Lob der illegalen Arbeit — Lob der U.S.S.R. — Song von der Ware — Ändere die Welt, sie braucht es, herausgestrichen, sondern aus dem Zusammenhang, aus einzelnen Sätzen, Worte einfach ausgewechselt oder gestrichen. Das Stück wurde auf diese Weise unverständlich und sinnlos. Es gilt hier festzustellen, daß die SPD ein revolutionäres Kunstwerk gefälscht hat. Die Verantwortung für diesen Betrug trägt der Unterbezirksausschuß für sozialistische Bildungsarbeit der SPD Groß-Dresden, der die Aufführung veranstaltet hat. Der Bildungssekretär Hennig hat ein-

gangs darauf hingewiesen, daß sie trotz aller Bedenken und nach langen Erwägungen sich zur Aufführung entschlossen hatten. Der Originaltext war also bekannt und ist diskutiert worden. Unso verantwortlich ist das Verhalten des SPD-Bildungsausschusses. Die SPD muß vor der Wirkung eines revolutionären Kunstwerkes auf die Arbeiterschaft ebenso Angst haben wie die Reaktion.

Die Aufführung des gefälschten Werkes ist eine bewußte Verletzung der sozialdemokratischen Arbeiter. Die Zuhörer, die das Stück natürlich nicht konnten, waren davon gelangweilt und verärgert. Der Unwille richtet sich natürlich nicht gegen die Fälscher, sondern gegen Brecht und Eisler, gegen die revolutionäre Kunst überhaupt. Es ist darum notwendig, daß Brecht und Eisler sich gegen die Entstellung ihres Werkes durch einen „sozialistischen“ Bildungsausschuß wenden und mit aller Entschiedenheit von diesen Methoden abrücken! Die SPD ist kulturell und politisch dem Bürgertum verfallen. Darum wenden wir uns nicht, daß sie auch mit reaktionären Mitteln der Fälschung und Unwahrheit kämpft. Wir erkennen darin ein erstes Symptom des Krankheitszustandes der deutschen Arbeiterbewegung. Unser unumsichtiger Kampf gegen diesen Zustand soll ihn überwinden helfen. Peter Blachstein.

Aufführung der „Maßnahme“ verboten!

Erfurt. CNB. Eine Aufführung des sogenannten Lehrstückes „Die Maßnahme“ ist, wie die Polizei mitteilt, während der Vorstellung verboten worden, weil es sich um eine kommunistisch-revolutionäre Darstellung des Klassenkampfes zur Herbeiführung der Weltrevolution handle. Gegen die Veranstalter der Aufführung wird ein Strafverfahren wegen Aufforderung zum Hochverrat eingeleitet. Da sich die Besucher den polizeilichen Anordnungen teilweise widersetzen, mußte das Theater durch ein starkes Polizeieinsatzgebot geräumt werden.

Der Last-Berg

Von Anna Seghers

Dem Chinesischen der Shui Kiang nach- erzählt.

Eines Tages bei strömendem Regen ging der Lastträger mit Strohschuhen und ein paar kräftigen Stricken weg, um bei einem Umzug zu helfen. Möbelwagen gab es keine in unserer Stadt, die Menschen schleppten alles. Der Mann kommt hin, sieht sich um, greift zu, stellt seine Last zusammen. Auf ein Bett bindet er einen Schrank, auf den Schrank einen Tisch, auf den Tisch noch Stühle, ein hoher Berg. Er bückt sich, legt sich sein blaues Trägerkissen ins Kreuz, so schleppt er den Berg. Es gibt jetzt von ihm kein Gesicht mehr und keinen Oberkörper nur seine Stimme oooooh und seine Beine. Wie wenn ein Hund ein Haus trägt. Der Lehmboden ist aufgeweicht vom Regen. Schwer zieht er die Füße heraus. Er aber findet es gar nicht schwer. Er trieft von Schweiß, aber er ist schon daran gewohnt.

Auf der andern Seite der Straße ist ein Schlächterladen. Ein Hund kommt von dort gerannt, ein Stück Fleisch im Maul. Der Schlächter rennt hinter ihm her mit einem Stock. Er haut zu und trifft den Hund, und der Hund mit seinem gestohlenen Fleisch im Maul springt, und springt in die Beine des Lastträgers. Der Lastträger knickt in den

Knie ein. Jetzt liegen Mann und Hund unter der Last. Man hört aus einem stöhnen und den andern winseln. Rund um den Möbelberg sammeln sich Menschen. Manche lachen, es sieht ja auch komisch aus. Jemand ruft: „Hebt doch die Möbel ab!“ Aber niemand tut etwas. Nach einigen Minuten kommen ein paar Kulis daher, sehen alles, gehen hin, schneiden die Stricke durch, heben die Möbel ab. Jetzt endlich sieht man auch einmal das Gesicht des Lastträgers. Von seinen Augen ist nur das Weiße da, aus Mund und Ohren fließt Blut. Auch der Hund regt sich gar nicht.

Einer sagt: „Ach, der arme Mann! Ach, seine arme Frau!“

Ein anderer sagt: „Was kann man da machen? So ist es eben auf der Welt.“

Ein dritter sagt: „Er war unvorsichtig. Er ist selbst daran schuld.“

Niemand sagt, warum hat er so schwer tragen müssen.

Jeder Genosse, jede Genossin wirbt einen Abonnenten für unsere SAZ



Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Kaum hatte ich die Lampe in meinem Zimmer angezündet, kaum war ich dazu gekommen, Guljaka richtig anzusehen, als Luscha in der Tür erschien. Sie lehnte sich mit der Schulter an den Türpfosten und sah, ohne ihre Blicke abzuwenden, Pjotr mit unerlösten Augen an, in denen Verwirrung, Reue und eine neue, noch nie gesehene Tiefe war. Auf dieses Neue, Echte, das ihren ganzen Körper erfasst hatte, hätte sie auch, wenn es ihr Leben gekostet hätte, nicht verzichtet. Ebenso unbeweglich, wie in einem Starrkrampf, sah Guljaka sie an. Meine Stimme weckte sie beide aus ihrer Erstarrung.

„Luscha, komm her. Man muß Schluß machen.“

Sie erschrak. Meine Stimme schien sie mit gewaltiger Kraft von der Tür zu stoßen. Sie stürzte zu Guljaka, umfaßte seinen Hals und erzitterte in einem wilden Schluchzen.

„Petja, Liebes, meinest ich habe mich doch so gequält, deinetwegen... Wie du mir leid tust, mein Lieber!... Aber auch ich muß dir leid tun, Petja, verzeih mir!“

Er fiel gegen die Stuhllehne, erschöpft, verwüstet. Sein Gesicht war von seinem eben erlebten Verzweiflungsausbruch verzerrt. Er lächelte aber und liebte sie wie ein Kind. „Nun, was ist das zu machen, Luscha? Du hast so gehandelt, wie dir dein Gefühl vorschrieb. Du fandest, was du suchtest und wußtest, was du tust. Das macht alles nichts! Wir werden ebenso gut miteinander sein wie früher. Und dann wird es sich schon zeigen. Warum krankst du dich so?“

„Wie sollte ich mich nicht kränken, Petja, was wird jetzt mit mir geschehen?... Es wäre besser, wenn du mich schlägst, mich verhaue, mich zum Krüppel schlägst, verstümmeln würdest, es wäre mir leichter.“

„Das hast du gut gesagt!“ — Guljaka lachte und streichelte zärtlich ihr Haar. — „Bin ich denn ein Tier? Wir sind doch Menschen, die einander nahe stehen und scheinbar auch nicht ganz schlechte Menschen... warum also Dummheiten machen? Komisch bist du! Wie fest sitzt noch das Bauernweib in dir... die Sklavenseele!“

Sie weinte, Tränen überströmten ihr Gesicht, und sie konnte sich nicht losreißen von ihm.

Er streichelte ihr Haar und umarmte sie schüchtern, verlegen, wie ein Fremder.

„Nun also, alles ist in Ordnung!... Ach, du!... Probleme werden nicht einfach, sondern in Qualen und mit Blut gelöst. Unser Problem haben wir durchgelitten und Punktum. Was? Lebe nur vergnügt weiter, Luscha, unser Problem ist unter Dach und Fach.“

Er lachte wieder, und in seinem Lachen klang Traurigkeit. Mit einer unerwarteten, gutmütigen Grobheit hob er sie auf und machte eine erstaunte Handbewegung.

„Wie du dick geworden bist!... So ein Bauch!... Ein Meister ist dieser Grischankel!“

Ein unguutes Lächeln verzerrte sein Gesicht.

„Petja! Laß das!... Wozu das, Petja?“

Ich trat zu ihnen und legte meine Hände auf ihre Schultern. Solche wunderbaren Augenblicke sind unvergänglich. Das war eine im Leben selten vorkommende Stille, in der der Mensch sich wie neugeboren fühlt, und in der sich seiner Seele solche Tiefen eröffnen, vor denen er stehen bleibt, wie vor einer nie empfundenen Erleuchtung. In solchen Augenblicken hat der Mensch plötzlich eine ganz andere Einstellung der ganzen Welt gegenüber und erscheint vor den Mitmenschen wieder neu, weise, vollständig verändert.

Pjotr ging erst gegen Morgen von mir weg. Auf dem Platz vor unserem Wohnhaus sammelten sich schon die jungen Burschen und Mädchen in Turnanzügen zum täglichen Turnen. Ihre Gesichter waren ein wenig ver-

drückt und angeschwollen vom Schlaf, aber in ihren Augen war Kraft und Frische. Tischka wieherte schon wie ein junges Fohlen. Pjotr blieb erstaunt und verblüfft auf dem Balkon stehen und schien etwas zu überlegen. Dann lief er rasch die Stufen hinunter. Die Kinder stellten sich schon in Reih und Glied. Sie begrüßten ihn mit Schreien, Sprüngen und Handwinken. Mein Herz flatterte wie eine Taube. Ich beobachtete jede Bewegung Pjotrs, sein Lächeln, seine Augenbrauen, die sein Gesicht befeuchteten. Er war schon qualvoll, wunderbar und untrennbar mit mir vereinigt, und in meinem Herzen strömte eine noch nie empfundene Zärtlichkeit zu ihm. Ich zog rasch das Trikot über und lief federleicht durch den Korridor. Wie ein Vogel flog ich auf den Platz. Pjotr sah mich überrascht an und wich zurück. Ich fing seine heißen Blicke auf, die auf meine Brüste, auf meine nackten Beine gerichtet waren, und das Blut stieg mir ins Gesicht. Ich schämte mich und mein Herz klopfte stürmisch. Mein Körper triumphierte und sang: er fühlte auch in Entfernung Pjotrs Körper, er kannte genau seine gesunde mädchenhafte Schönheit.

Ich blieb neben Pjetro stehen und schrie ihn energisch an:

„Pjotr, geh, reih dich ein. Es wird dein Blut erfrischen.“

„Fein! Und du wirst kommandieren, ja?“

„Ja, ich werde kommandieren Pjotr.“

„Nein, ich bleibe lieber neben dir stehen, Gulja, und schau zu, wie ihr t. r. n. t. Das habt ihr fein gemacht... fein!“

Ich fühlte, wie er seine Blicke nicht von mir wenden konnte.

Die jungen, gesunden Körper der Kinder verlangten aber nach ihren gewohnten, vereinbarten Bewegungen:

„Beil dich, Gulja!... Es ist Zeit, zu beginnen.“

Frühling sansturm.

Unser Obstgarten ist in voller Blüte. Es ist, als hätte ein dichter laumiger Schnee die unzähligen Zweige bedeckt. Auch meine Seele lodert in Blüten. Diese dichten Blumenwolken leben; sie wirbeln, sie regen sich auf, sie

atmen, sie flattern wie Schmetterlinge, sie zittern und wogen wie Flammen. Die Hügelabhänge hinter dem Garten dunkeln schon in grüner Wintersaat und die aufgeplügten Felder sind kräftig, jung und weich; auch sie atmen und dampfen im goldenen Staub. Die üppigen grünen Felder, die zum Horizont streben, die schneeigen Wolken der blühenden Bäume, die in dichten Reihen den Hügel entgegenlaufen, sind leicht und kühl. Berauschte, duftende Wellen strömen sie aus. auch der Himmel blüht: dichte, bauschige Wolken steigen aus den Hügel herauf zum Zenith und reiten üppig in der tiefen Bläue.

Auch in unserem Hof atmen und leben kleine Bäumchen und Pflöder. Rührend stüggingshaft beginnen die Knospen sich zu öffnen. Der ganze Hof ist plüniert. Die verflochtenen Pfade zwischen den Bäumchen sind mit Sand bestreut. Die schwarzen, besäten Erdhügel der runden und eckigen Beete dunkeln samten. Die Bänke glänzen golden in der Sonne.

Die Luft ist von Sonne durchdrungen, und die tiefe Stille ist nachdenklich und voller Unruhe. Am Tage ist die Kommune menschlicher. Alle sind bei der Feldarbeit. Nur aus der Küche hört man das Klappern des Geschirrs, das Klirren der Messer und das Singen der Frauen. Aus der Schule und dem Kindergarten tönen Kinderstimmen. Die Säuglinge im Hort brüllen. Das Klopfen von Hämmern, das dumpfe Dröhnen von Eisen und der Strengegesang der Sägen flutet in Wellen von der mechanischen Werkstatt her.

Wjetrow und Guljaka sind nicht da.

In der Frühe, als die Kinder frühstückten und ich auf dem Balkon stand, trat Akssjutka zu mir und legte die Hand schüchtern auf meine Schulter. In ihrem Gesicht zitterte ein tränenvolles Lächeln. Ihre Stimme war freundlich und warm.

„Gulja, Natascha und ich kommen jetzt sehr gut miteinander aus... du kannst dich auf mich verlassen, Gulja. Dumme war ich... und trech. Annisja hetzte mich zu sehr. Aber jetzt bin ich wie nach einer Krankheit. Gut ist es so und angenehm! Wie das alles blüht!... Schön ist's... Viel Obst werden wir haben...“ (Fortsetzung folgt.)

Klarheit, nicht Vertuschung

Zur Rede Leiparts auf dem Betriebsrätekongreß

Der „Vorwärts“ bringt in seiner Morgenausgabe vom Mittwoch, dem 25. Januar, die Rede Leiparts auf dem ADGB-Betriebsrätekongreß in sehr ausführlicher Form. Die Rede ist viel mehr als eine übliche Eröffnungsrede, sie ist eine gerechteste Verteidigungsrede. Im Ton und Inhalt beweist, daß die sehr zweifelhafte Politik der ADGB-Führung und die Leiparts im besonderen auch in den Reihen der nicht oppositionellen, sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder so starke Mißbilligung und Unzufriedenheit ausgelöst hat, daß sich Leipart zu dieser öffentlichen Verteidigung gezwungen sieht. Leipart polemisiert zwar formal nur gegen die Kommunisten, aber man merkt aus seiner Rede, daß er sich damit auch gegen die berechtigten Angriffe aus den Reihen der Gewerkschafts- und SPD-Mitglieder verteidigen will.

An sich begrüßen wir es, daß der ADGB-Vorsitzende in öffentlichen Reden zu den strittigen Fragen der Gewerkschaftsführung Stellung nimmt. Aber es wäre — um es vorweg zu sagen — besser gewesen, wenn Leipart weniger um die Dinge herum geredet und entweder offen seine, nach unserer Auffassung falsche Politik vertreten und verteidigt oder die schweren Fehler zugegeben hätte. Nur völlige Offenheit und Klarheit kann hier, auch wenn die Meinungsverschiedenheiten noch so groß sind, reinigend wirken und der Arbeiterbewegung dienlich sein.

Leipart beschwert sich darüber, daß man ihn und die ADGB-Führung verleumdete und behaupte, daß sie die Schleicher-Regierung tolerieren und mit den Nazis Verhandlungen über die Umwandlung der Gewerkschaften in faschistische Staatsorgane führen. Das wäre alles Lüge und böswillige Verleumdung. Wir sind gewiß weit entfernt, alle Behauptungen der KPD-Pressen für bare Münze zu nehmen, sondern wissen, daß sie bei der Schilderung von tatsächlichen Vorgängen meist durch sinnlose Übertreibung und Hinzudichten verleumdet statt aufgeklärt. Aber nicht darum,

nicht um tatsächliche oder angebliche Verleumdungen handelt es sich hier, sondern um wirkliche von der ADGB-Führung durchgeführte Handlungen, um ganz bestimmte Äußerungen usw., die in der Tat auf Querverbindungen mit den Nazis, auf Unterstützung der „nationalen“ Front und auf Tolerierung der Schleicher-Regierung hinauslaufen.

Das sind folgende Tatsachen:

1. Gregor Strasser hat im Juni vorigen Jahres offen im Reichstag behauptet, daß die Naziführung mit Vertretern des ADGB verhandelt hätte. Das ist zwar bestritten, aber nicht diese Behauptung von ADGB-Seite eindeutig widerlegt worden. Es hat sich nämlich später herausgestellt, daß der ADGB-Sekretär Furtwängler in der Tat derartige Besprechungen mit Naziführern abgehalten hat. Nie ist aber dieser ADGB-Sekretär öffentlich desavouiert und offiziell von seiner ADGB-Funktion entfernt worden. Gerücheweise verlautet nur, daß er „beurlaubt“ worden sei.

2. Der „Korrespondent“, das Organ des freigewerkschaftlichen Buchdruckerverbandes, verteidigte in einem Artikel vom 27. August 1932 ganz offen die Nützlichkeit von Querverbindungen (selbst dieses Wort wurde vom „Korr.“ gebraucht) mit den Nazis zur angeblichen Herstellung einer „antikapitalistischen Front“. Das Blatt schrieb damals in bezug dieser Querverbindungen:

„Wir haben gar keine Ursache, solche Entwicklungsmöglichkeiten auf dem Gebiet politischer Mitbestimmung oder Geldendmachung ohne weiteres als verfehlt oder unsinnig zu bezeichnen... Es ist nicht einzusehen, warum nicht trotz der zwar parteipolitisch gespaltenen, aber unter gewerkschaftlichen Gesichtspunkten zu zweckmäßiger Auseinandersetzung dennoch befähigten antikapitalistischen Front im neuen Reichstag nicht doch noch eine positive parlamentarische Entscheidung im aufbehaltenen Sinne möglich sein sollte.“

Das ist von offizieller Stelle der Gewerkschaftsführung ein unzweideutiges Bekenntnis für Zusammenarbeiten mit den Nazis.

Trotz unseres wiederholten Hinweises auf diese Tatsache ist von Seiten der ADGB-Führung nie dagegen Stellung genommen worden.

Die Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder haben um so mehr Anlaß, hier höchst kritisch, ja mißtrauisch zu sein, als sie das schlimme italienische Beispiel vor Augen haben, wo ganze Gruppen reformistischer Gewerkschaftsführer mit dem Bundesführer D'Arragona an der Spitze zu den Faschisten überliefen.

3. Leipart und der ADGB-Vorstand beschwerten sich bitter darüber, daß man „verleumderischerweise“ behauptet hätte, Gregor Strasser wäre der Besuch der ADGB-Schule in Bernau gestattet worden. In Wirklichkeit wäre weder Strasser noch irgend ein Naziführer in der ADGB-Schule gewesen, in Leipart sagt, daß er Gregor Strasser in seinem Leben noch nie gesehen hätte.

Dieser Strasserbesuch wurde in der Tat von einem großen Teil der Arbeiterpresse, auch von uns, gemeldet. Aber diese Meldungen haben weder die Kommunisten, noch wir oder sonstige „Verleumder“ verursacht, sondern die von einem Sozialdemokraten redigierte freigewerkschaftliche „Gastwirtsgehilfen-Zeitung“. Dieses Blatt schrieb in seiner Nummer 51 (Dezbr. 1932) wörtlich:

„Daß man dem Abgeordneten Strasser auf seine Bitte erlaubt hat, die Bundesschule in Bernau — wo es wirklich nichts zu ver-

heimlichen gibt — zu besichtigen, ist eine unserer neuesten „Verleumdungen“.

Da diese Zeitung in der gleichen Nummer Gregor Strasser als einen der wenigen „Realpolitiker“ in der NSDAP bezeichnete, konnte, zumal nach dem Vorangehenden, leider niemand an der Richtigkeit dieser Meldung zweifeln. Später hat sich dann herausgestellt, daß sich dieses Gewerkschaftsblatt damit einen sehr üblen „Witz“ geleistet hat. Das aber wurde in der vor kurzem erfolgten Richtigstellung in der ADGB-Gewerkschaftszeitung nicht erwähnt, sondern nur über „kommunistische Verleumdungen“ geschimpft. Leipart muß sich also gefügigt mit seinen Vorwürfen an die idiotische Redaktion der „Gastwirtsgehilfen-Zeitung“ wenden.

Die Tolerierung Schleichers

Leipart bestreitet jetzt ganz leidenschaftlich eine Tolerierung Schleichers. Er behauptet in seiner Rede, daß die Gewerkschaften mit jeder Regierung als einem bestehenden Machtfaktor rechnen müssen (was ihnen niemand zum Vorwurf macht), aber (wörtlich): „die Gewerkschaften stehen zu jeder Regierung in Opposition (!), die Gewerkschaften führen mit jeder Regierung dauernd Krieg, Kleinkrieg. Die Gewerkschaften können sich und werden sich niemals an eine Regierung binden.“

Diese Behauptung Leiparts widerspricht den Tatsachen und seinen eigenen, vor wenigen Wochen gebrachten Äußerungen.

Tolerieren heißt, eine Regierung zwar nicht direkt unterstützen, aber sie auch nicht bekämpfen, sie nicht zu stürzen versuchen, sondern ihr durch abwartendes Beiseitstehen das Leben ermöglichen. Das aber hat die ADGB-Führung getan und durch Leipart offiziell verkündet. Die ADGB-Führung hat sich nicht nur direkt durch Verhandlungen mit Schleicher an der Regierungsbildung beteiligt, sondern Leipart hat, wie wir wiederholt und in anderem Zusammenhang erst gestern in der „SAZ“ festgehalten, von der Schleicher-Regierung behauptet, daß sie die Gewerkschaftsforderungen durchführe und hat weiter im „Alarm“ geschrieben:

„Die deutschen Gewerkschaften werden zunächst abwarten, ob die Taten der Regierung ihren Worten entsprechen werden.“

Passiv abwarten, das ist nicht „in Opposition stehen“, wie Leipart jetzt behauptet, sondern das ist eben tolerieren.

Delitzscher Rundschau

Ein revolutionäres Stadtverordneten-Präsidium

Erwartungsvoll blickte die Delitzscher Arbeitererschaft auf den Ausgang der diesjährigen Bürowahlen der Stadtverordnetenversammlung.

Nach Erstattung des Geschäftsberichtes 1932 trat man sofort in die Bürowahlen ein. Mehrere Wahlgänge waren notwendig um den Vorsteher zu wählen. Im 1. Wahlgang erhielten Stimmen (Wirtschaft) Scharruhn 10, (SAP) Geihle 4, (KPD) Simon 4, für ihn stimmten die 2 Vertreter der KPO, (SPD) 5, (Beamte) Richter 1. 3. Ein 2. Wahlgang machte sich notwendig, es erhielten Stimmen:

Scharruhn 13, Simon 8, Buhle 5. Da immer noch keiner die absolute Mehrheit hatte, mußte ein 3. Wahlgang durchgeführt werden. Stimmen erhielten nunmehr Scharruhn 13 und Simon 13, somit mußte das Los entscheiden, und es fiel unter dem Jubel der Tribünenbesucher auf den Genossen Simon (KPD), der mit den Stimmen KPD 2, KPO 2, SAP 4, SPD 5, gewählt wurde. Damit ist in Delitzsch wieder eine linke Mehrheit vorhanden.

Genosse Simon (KPD) erklärte, daß er sein Amt im Interesse der Arbeiterklasse, im Interesse aller Notleidenden und Bedrückten durchführen werde.

Nunmehr konnte in der Wahl fortgefahren werden, nach wiederum 2 Wahlgängen wurde der Stadtverordnete Dübzigler (KPD), das jüngste Mitglied des Hauses, mit 13:13 Stimmen, wobei wiederum das Los zu Gunsten der Linken entschied, als 2. Vorsteher gewählt.

Als Schriftführer wurden nach mehreren Wahlgängen der Genosse Fritz Wiessner (KPO) und die Genossin Kl. Spöthler (SAP) gewählt.

Eine eigentümliche Haltung nahm bei der Bürowahl die SPD ein, ihnen war vielleicht alles eine Art „Komödienspiel“.

Durch die Haltung der SAP-Fraktion, die gelte unserer „Einheitsparole“ handelte, ist zu verdanken, daß die Wahl einen solchen Ausgang nahm.

Eine Vorlage des Magistrats, dem Konsumverein für den Laden im Hausblock Bitterfelderstraße den Mietpreis von 2160 RM. auf 1600 RM. zu senken, wird mit linker Mehrheit angenommen.

Die SAP-Fraktion bringt durch Stadtv. Gebhardt einen Dringlichkeitsantrag ein, der verlangt, dem Arbeitersamariterbund für sein Krankenauto und zur Errichtung einer Rettungswache für Tag und Nacht städtische Räume zu Verfügung zu stellen. Gedacht ist an das alte Feuerwehrepoth in der Ritterstraße. Durch die Verfügungskünste der Beamtenfraktion kommt der Antrag zur 2. Le-

5. „Man nennt uns, die Gewerkschaften, die Stützen der kapitalistischen Privatwirtschaft. Man schreibt kein Wort über unsere Forderungen auf Umbau der Wirtschaft. Ich nenne nur dies Wort, um diesen Blödsinn, daß wir die Stützen der kapitalistischen Wirtschaft seien, zu illustrieren.“ So Leipart in seiner Rede, und er nennt sich und die freien Gewerkschaften dabei revolutionär. (H) Nun, wir wollen demgegenüber feststellen, daß in der offiziellen ADGB-Broschüre, wo das „Umbau“-Programm erläutert wird, u. a. folgender schöne Satz auf Seite 14/15 steht:

„Die Gewerkschaften fordern keine unterschiedslose Enteignung der Produktionsmittel. Ihr Kampf richtet sich vielmehr nur gegen das ausbeuterische kapitalistische Großvermögen, das den Kleingewerbetätigen ebenso bedroht wie den Kleinentümer. Was wollen die Gewerkschaften? Sie wollen die Wiederherstellung der inneren Verbindung zwischen Arbeit und Eigentum, jener einzig möglichen (!!) Grundlage lebenserfüllender Arbeit.“

Wir fragen: Sind das nicht echt nationalsozialistische Töne und Phrasen, die praktisch auf eine Verteidigung der kapitalistischen Besitz- und Produktionsverhältnisse hinauslaufen? Diese Feststellung nur zur Ergänzung der Tatsache, daß die heutige ADGB-Führung — nach eigener Darstellung — immer wieder die (kapitalistische) Wirtschaft „vor Erschütterung zu bewahren“ sucht.

Diese hier aufgeführten Tatsachen, nicht angebliche Verleumdungen oder tatsächliche Übertreibungen sind es, die für die Arbeiterklasse zur Debatte stehen. Dazu hat Leipart nicht klar und offen Stellung genommen, sondern versucht, mit seinen Klagen über „böswillige Verleumdungen“ die Dinge zu vertuschen. Soll mit dieser Vertuschung nur die bisherige verhängnisvolle Politik gedeckt und verteidigt werden, dann gilt es um so mehr dagegen zu kämpfen und durch unerbittliche Kritik Klarheit zu schaffen. Sollte aber — was leider ganz wahrscheinlich ist — die Rede Leiparts eine Rückzugskanonade sein, sollte es der erste Schritt der ADGB-Führung zu der Erkenntnis sein, daß sie mit ihrer bisherigen Politik unermesslichen Schaden angerichtet hat, und daß es Zeit ist, die Schleicher-Illusionen aufzugeben, dann würde sich niemand mehr darüber freuen wir uns, aber auch dann müßte das offen ausgesprochen werden.

So oder so, auf jeden Fall Klarheit, keine Vertuschung!

Die Platte bei der Reichsbahn

Die „Arbeitsbeschaffung“ ein Tropfen auf den heißen Stein

Berlin, 25. Januar.

WTB. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft tagte am 23. und 24. Januar 1933 in Berlin.

Der vorläufige Ueberblick über die Ein- und Ausfälle im Jahre 1931 ergibt mit etwa rund 2890 Millionen RM einen Rückgang um rund 25 Prozent gegenüber 1930 und um rund 46 Prozent gegenüber 1929. Die Ausfälle sind in erster Linie auf den Verkehrsrückgang, dann aber auch auf die Tarifermäßigungen zurückzuführen, die im Zuge der Preissenkungaktion der Reichsregierung vorgenommen wurden.

Der Verwaltungsrat nahm Kenntnis von der Durchführung des 280 Millionen RM-Arbeitsbeschaffungsprogramms, das zu 180 Millionen Reichsmark aus Steuergutscheinen und zu 100 Millionen RM auf dem Kreditwege finanziert wird. Für das neue Sofortprogramm des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung hat die Reichsbahn-Verwaltung in einzelnen begründete Vorschläge für Arbeiten bei der Reichsbahn in Höhe von 150 Millionen RM gemacht.

Der für den 1. März in Aussicht genommenen fühlbaren Herabsetzung der Preise für Netz-, Bezirks- und Bezirks-Teilmonatskarten stimmte der Verwaltungsrat zu.

Das „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ der Reichsbahn stellt im wesentlichen nichts anderes dar, als die Durchführung der üblichen Reparatur- und Ergänzungsarbeiten. Von einer Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit Neueinstellungen kann hier keine Rede sein. Dazu kommt, daß von den 150 Millionen des „Sofortprogramms“ schon jetzt der größte Teil wieder gestrichen werden muß, weil von den 500 Millionen RM des Gereke-Programms nur 100 Millionen für sämtliche Reichsbetriebe, einschließlich der Reichsbahn, Verwendung finden sollen. U. a. bekommt der private Hausbesitz — ohne jede ernsthafte Kontrolle — von den 500 Millionen allein 50 Millionen RM.

Die Sterbekasse!

Erster Tagesordnungspunkt des außerordentlichen Verbandstages einer freien Gewerkschaft

„Der Volkslehrer“, das Organ der Allgemeinen Freien Lehrergewerkschaft, veröffentlicht am 20. Januar die vom geschäftsführenden Ausschuss beschlossene Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages. Wir wollen dieses Dokument aus der Geschichte der freien Gewerkschaften unsern Lesern nicht vorenthalten.

Außerordentlicher Verbandstag 1933 der Allgemeinen Freien Lehrergewerkschaft Deutschlands (AFLD.) e. V. am 15. April 1933 in Berlin. (Tagungsort wird später bekannt gegeben.)

Sonnabend, den 15. April 1933: 10 Uhr: Außerordentlicher Verbandstag.

1. Aenderung der Satzungen der Sterbekasse.
2. Aenderung der Satzungen der St.-U.

Der geschäftsführende Ausschuss: Schallock, Lemke, Riggert. Wir sind der Meinung, die gegenwärtige kulturpolitische und wirtschaftliche Situation sollte der AFLD wahrhaftig andere Anlässe zu außerordentlichen Verbandstagen geben. Wie wäre es mit einer Auseinandersetzung über die Frage der noch immer nicht angestellten dissidentischen Lehrer? Was sagt man zur Lage des proletarischen Kindes? Interessiert sich die AFLD vielleicht ein wenig für die weitere Konfessionalisierung der Volksschulen, die sogar die Mitglieder des Lehrervereins zu Protestaktionen veranlaßt? Zweifellos würde ein Verbandstag mit diesen Themen ein wenig zur besseren Ausrüstung der Mitglieder und Funktionäre beitragen und damit die Passivität und Isolierung der AFLD beheben helfen.

Auf Aktivität der Mitglieder wird aber scheinbar in dieser Organisation, die sich bisher noch in der Regel den Anschein von Verbandsdemokratie gab, nicht viel Wert gelegt. Fordert doch der Vorstand ausdrücklich auf, die Mandate zu diesem Verbandstag den Vorstandsmitgliedern zu übertragen, d. h. die Vorstandssitzung zum Verbandstag zu deklarieren.

Wenn die freigewerkschaftlichen Lehrer diesem Kurs von Unfähigkeit und Bürokratismus nicht bald ein Ende machen — fürchten wir — wird die Sterbekasse tatsächlich eine höchst wichtige Angelegenheit der Organisation werden.

Achtung! Das Postscheckkonto teilt mit, daß es eingegangene Zahlungen zurückgehen lassen mußte, weil diese an Sozialistische Arbeiter-Zeitung adressiert waren. Wir bitten darauf zu achten, daß alle Einzahlungen auf Postscheckkonto nur an Walter Geburt, Postscheckkonto Breslau 75789, zu adressieren sind! Die Kolporteurs bitten wir um umgehende Abrechnung für Januar und um Ueberweisung der Abgebühren, soweit dies nicht bereits geschehen ist! Kampfbereit! „SAZ“-Geschäftsleitung.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau, inserat. Herbert Scholz, Breslau; Verlag: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H., Breslau, Lohndruck Th. Schatzky A.-G., Breslau, Neue Graupenstr. 7. Expedition: Breslau, Gartenstr. 21 3 Treppen. Telefon 206 02. Alle Zahlungen sind zu leisten: an Walter Geburt Breslau 5 Gartenstr. 21 Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto-Nr. 102 92.